

Vormärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4.50 RM, monatlich 1.50 RM,
 frei ins Haus, herausgegeben. Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monats-
 lich 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 8.— RM, für das übrige Ausland
 4.50 RM monatlich. Versand ins Reich
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Postbestellungen nehmen an: Däne-
 mark, Holland, Leipzig, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 1.917-Verzeichnis-Verzeichnisse.
 Erhalten täglich.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Anzeigenpreis
 Beträgt 1 die beidseitige Kolonne
 60 Pf. „Kleine Anzeigen“,
 das fertige Blatt 20 Pf. (zu-
 sätzlich 2 fertige Blatt 40 Pf., jedes
 weitere Blatt 10 Pf.). Stellenangebote
 und Geschäftsveränderungen das erste
 Blatt 10 Pf., jedes weitere Blatt 5 Pf.
 Einmal über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Blatt. Feuerungsanzeigen 30 Pf.,
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Zeitschriften
 Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptverlag
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Bestellen von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 4. Dezember 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Der Waffenstillstand im Osten.

Deutschland an allen Fronten friedensbereit.

Berlin, 3. Dezember.

Amtlich. Am 26. November hatte der Volkskommissar für Kriegs- und Marineangelegenheiten und Höchstkommandierende der russischen Armee Herr Krylenko durch Parlamentäre auftragen lassen, ob der deutsche Oberbefehlshaber zu sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen bereit sei. Noch am gleichen Tage antwortete der Oberbefehlshaber Ost, Prinz Leopold von Bayern, daß er bereit und bevollmächtigt sei, mit der russischen Obersten Heeresleitung über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Es wurde sodann mit den Parlamentären Ort und Zeit vereinbart, wo sich eine mit Vollmacht versehene russische Kommission mit einer entsprechenden bevollmächtigten Kommission der Gegenpartei treffen sollte. Die russische Kommission hat sich am 2. Dezember, nachmittags 4.30 Uhr, an der verabredeten Stelle eingefunden, um sich unverzüglich zu dem für die Verhandlungen in Aussicht genommenen Orte zu begeben. Dort ist sie am 3. Dezember mittags zu erwarten.

Berlin, 3. Dezember.

Amtlich: „Am 1. 12. 17 ist mit einer russischen Armee Waffenstillstand für die Front vom Südufer des Pripiet nach Süden bis südlich der Lipa vereinbart worden. Mit dem 2. 12. 17 10 Uhr abends wurden in diesem Abschnitt alle Feindseligkeiten eingestellt.“

Es sind Abmachungen getroffen worden, die sich auf Verkehr zwischen den beiderseitigen Linien, Truppenverschiebungen, Stellungsarbeiten und Fliegerstätigkeit beziehen.

Für die Kündigung der Waffenruhe ist ein Zeitraum von mindestens 48 Stunden festgesetzt, vor dessen Ablauf die Feindseligkeiten nicht beginnen dürfen.“

Wien, 3. Dezember. Aus dem Kriegspressequartier wird am 3. Dezember mittags mitgeteilt: Bei den im Bericht der Heeresfront des Feldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern heute beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen ist die österreichisch-ungarische Heeresleitung durch besonders bevollmächtigte höhere Generalsstabsoffiziere vertreten. Die russische Abordnung, die gestern um 4.30 Uhr nachmittags an unserer Front empfangen wurde, ist noch abends an den Verhandlungsort weitergereist.

Zwischen Pripiet und Lipa Waffenstillstand — Englischer Angriff bei Passchendaele im Gegenstoß zurückgeworfen — Vergeblicher englischer Angriff zwischen Juch und Bourlon — Deutscherseits bisher 6000 Gefangene, 100 Geschütze erbeutet — Der Feind im Thanner-Tal und im Sundgau in Bewegung.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 3. Dezember 1917. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nach heftigem Trümmelregen bei mondloser Nacht griff der Engländer gestern früh mit starken Kräften unsere Stellungen bei und nördlich von Passchendaele an. Thüringische und heftige Truppen warfen den Feind in schneidigem Gegenstoß zurück und machten 60 Gefangene. Nach Abwehr der Angriffe konnte das Feuer ab; es nahm am Abend vorübergehend wieder erhebliche Stärke an.

Auf dem Kampffelde bei Cambrai war tagsüber nur in wenigen Abschnitten die Feuerstätigkeit lebhaft. Am Abend griff der Feind nach starker Feuerheigerung zwischen Juch und Bourlon an. In heftigen Kämpfen wurde er abgewiesen. Ein englischer Teilangriff bei La Bacquerie scheiterte. Im Gegenstoß wurden 9 Geschütze und 18 Maschinengewehre erbeutet.

Die Zahl der seit dem 30. 11. gemachten Gefangenen hat sich auf 6000, die Beute an Geschützen auf 100 erhöht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In den Argonnen wurden in erfolgreichen Unternehmungen Gefangene eingebracht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Die lebhafteste feindliche Tätigkeit im Thanner-Tal und im Sundgau hält an.

In den letzten drei Tagen verloren unsere Gegner im Luftkampf und durch Abschuß von der Erde 27 Flugzeuge und 2 Fesselballone. Leutnant Müller erlangte seinen 35., Leutnant v. Bülow seinen 27., und 28., Leutnant Bongart seinen 25. und 26. Luftsieg.

Ostlicher Kriegsschauplatz — Waffenstillstand.

In zahlreichen Abschnitten der russischen Front ist von Division zu Division örtliche Waffenruhe vereinbart worden. Mit einer russischen Armee im Gebiet vom Pripiet bis südlich der Lipa und mit mehreren russischen Generalkommandos wurde Waffenstillstand abgeschlossen. Weitere Verhandlungen sind im Gange. Eine russische Abordnung ist in dem Beschloßbereich des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern zur Herbeiführung eines allgemeinen Waffenstillstandes eingetroffen.

Wazedonische Front

Keine größeren Kampfhandlungen.

Italienische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 3. Dezember 1917, abends. Amtlich.

Südwestlich von Cambrai örtliche erfolgreiche Kämpfe. Von den anderen Fronten nichts Neues.

Der österreichische Bericht — Waffenstillstand.

Wien, 3. Dezember 1917. (W. L. S.) Amtlich wird verlautbart:

In den letzten Tagen wurde an vielen Abschnitten der russischen Front von Division zu Division und von Korps zu Korps Waffenruhe vereinbart. Im Pripiet-Gebiet hat eine russische Armee mit dem gegenüberstehenden Kommando der Verbündeten einen formellen Waffenstillstand abgeschlossen.

Eine russische Abordnung durchschritt gestern unsere Linien, um mit den Bevollmächtigten der verbündeten Heere einen Waffenstillstand an der ganzen russischen Front anzubahnen.

Auf dem italienischen Kriegsschauplatz und in Albanien nichts Neues.

Der Chef des Generalstabes.

Russische Mitteilung an die Verbündeten.

Deutschland an allen Fronten friedensbereit!

Petersburg, 30. November. Neuntermeldung. Trotski teilte den Diplomaten der Alliierten mit, daß Deutschland bereit ist, auf allen Fronten über einen demokratischen Frieden zu verhandeln und fragt sie, ob sie an den Verhandlungen, die Sonntag beginnen, teilzunehmen wünschten.

Die Mitteilung Trotskis an die Verbündeten enthält die bedeutende Anerkennung, daß die Antwort der deutschen Regierung auf den russischen Friedensvorschlag eine geeignete Grundlage zu weiteren Verhandlungen bilde. Da die Antwort Englands und Amerikas auf seine Mitteilung schon bekannt, die der anderen nicht fraglich ist, läßt sich voraussehen, daß es zwischen Rußland und den Mittelmächten zu Verhandlungen über einen Sonderfrieden kommen wird. Dieser Frieden soll auf demokratischer Grundlage geschlossen werden. Darüber, was als „demokratische Grundlage“ zu betrachten ist, können sich zwischen der deutschen und der russischen Regierung Meinungsverschiedenheiten ergeben, die auszugleichen dann eben das Werk der weiteren Unterhandlungen sein wird. Von vornherein steht aber fest, daß man über einen demokratischen Frieden nicht nach dem Diktat des Schwertes, sondern als Gleicher mit Gleichen unter Anerkennung der gegenseitigen Lebensrechte verhandelt. Verhandlungen, die in solchen Geistes geführt werden, versprechen dann einen raschen Erfolg.

Amerika sondiert in Petersburg.

Versuchsballon oder Schwentung?

Nichtamtlich. Berlin, 3. Dezember. Die russische Funktionärin Karolje Selo gab am 2. Dezember nachmittags folgenden Funkpruch:

„An Alle!“

Westen, 1. Dezember, besuchte General Johnson, Chef der amerikanischen Mission, den Kameraden Trotski im Smolnyj-Institut.

Der General erklärte, er könne augenblicklich noch nicht im Namen der amerikanischen Regierung sprechen, da die Macht des Rates noch nicht erkannt ist; er sei jedoch erschienen, um Verbindungen anzuknüpfen, die Lage zu klären und Mißverständnisse aus dem Wege zu schaffen. General Johnson erkundigte sich, ob die neue Regierung bestrebt sei, den Krieg gemeinsam mit ihren Verbündeten zu liquidieren. Der General meinte, die Verbündeten würden am 2. Dezember an den Verhandlungen kaum teilnehmen können.

Kamerad Trotski gab dem General in kurzen Worten Aufklärung über die Politik des Rates im Kampfe für den allgemeinen Frieden. Auf einen Ausnahmefall legte der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten besonderes Gewicht, nämlich auf die öffentliche Behandlung aller bevorstehenden Verhandlungen. Die Verbündeten könnten jede Phase der Entwicklung der Friedensverhandlungen verfolgen und demzufolge auch in einem späteren Stadium jederzeit sich den Verhandlungen anschließen.

General Johnson fragte, ob er diese Antwort seiner Regierung übermitteln dürfe und erklärte zum Schluß: „Die Zeit der Proteste und Drohungen gegen die Macht des Rates ist vorbei, falls diese Zeit überhaupt je bestanden hat.“ Weiterhin fragte der General, ob der Volkskommissar auf einer Erklärung über die vorgefallenen Zwischenfälle (Protestaktionen von Angehörigen der amerikanischen Militärmission) bestuhe.

Kamerad Trotski erklärte, die Formalitäten der Angelegenheit seien belanglos und durch die Erklärung des Generals: „Die Zeit der Drohungen und Proteste gegen die Macht des Rates ist vorbei“, erledigt.

Dieser sehr bemerkenswerte Vorgang läßt darauf schließen, daß die Ablehnung Amerikas nicht endgültig ist. Sein Verhalten sticht jedenfalls auffällig von dem Englands und Frankreichs ab, die von Verhandlungen mit den „Verrätern“, den „deutschen Agenten“ überhaupt nichts wissen wollen. Die Nachricht von der Unterhaltung Johnsons mit Trotski wird der von Lansdowne eingeleiteten Friedensbewegung in England neue Nahrung geben.

Das Ende einer alldutschen Theorie.

In unserm gestrigen Leitartikel haben wir festgestellt, daß durch die Äußerungen Ludendorffs und Ludendorffs die Haltung der Sozialdemokratie zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg eine glänzende Rechtfertigung erfährt, während alles, was die Alldutschen seinerzeit über die Wirkungen dieses Schritts prophezeit haben, ad absurdum geführt wird. Naturgemäß sieht sich die alldutsche Presse, „Deutsche Tageszeitung“ und „Kreuzzeitung“ an der Spitze, zu krampfhaften Widerlegungsversuchen veranlaßt.

Wir haben zunächst einen Irrtum richtigzustellen, der durch einen Uebermittlungsfehler bei uns entstanden ist. Der Satz: „Hätte sich nicht die Aussicht auf die amerikanische Hilfe eröffnet, so hätten die Westmächte sich gewiß schon zum Frieden entschließen müssen“ ist nicht von Ludendorff gesprochen worden. Er stellt einen Gedanken des ausstragenden Journalisten dar, auf den Ludendorff dann erwidert:

„Da unser U-Boot-Krieg Amerika den Fortwand für seinen Eintritt in den Krieg gegeben hat, so ist diese Frage gleichbedeutend mit der Frage, ob unser U-Boot-Krieg richtig war. In diesem Punkte hat sich meine Ueberzeugung nicht geändert.“

Da die Wiener „Neue Freie Presse“ vom Sonntag am Sonntagabend in Berlin noch nicht zu haben ist, fehlt uns die Möglichkeit einer Kontrolle. Aber die an sich unerfreuliche Tatsache, daß die Wiener Zeitungen in Berlin jetzt erst mit großer Verpätung eintreffen, hat auch eine andere ungeahnte Wirkung gehabt: die alldutschen Blätter, die gegen unsere Ausführungen am Montagnachmittag polemisierten, befanden sich gleichfalls noch nicht im Besitz des Urtextes der Unterredungen und unterstellten diesen Satz daher als richtig. Und siehe da: Graf Reventlow und ebenso die „Kreuzzeitung“ bekommen das Kunststück fertig, auch gegen diesen Satz

meintlichen Auspruch Ludendorffs ihre Theorie des U-Boot-Krieges aufrechtzuerhalten.

Der Satz: Hätte sich nicht die Ausfahrt auf die amerikanische Hilfe eröffnet, so hätten die Westmächte sich gewiß schon zum Frieden entschließen müssen, den also nicht Ludendorff, sondern der Kaisertroupe Dr. Paul Goldmann gesprochen hat, ist sachlich miteres Dastehen absolut richtig. Ludendorff hat seine Minderheit auch nicht bestritten, sondern ausdrücklich zugestanden, indem er erwiderte: Da unter U-Boot-Krieg Amerika den Vorwand für seinen Eintritt in den Krieg gegeben hat, so ist diese Frage als gleichbedeutend mit der Frage, ob unter U-Boot-Krieg richtig war. Darin liegt das Fageländnis, daß tatsächlich zwischen dem Eingreifen Amerikas und dem fortbestehenden Kriegswillen der französischen und englischen Regierung ein enger ursächlicher Zusammenhang besteht, und Ludendorffs Ansicht, daß der U-Boot-Krieg trotzdem richtig war, basiert auf seiner Ueberzeugung, daß der U-Boot-Krieg für Amerika nur der Vorwand, nicht die Ursache gewesen sei, in den Krieg einzutreten. Aus diesem Grunde schrieben wir schon gestern den Satz:

Ludendorffs Ermordung steht uns falls mit der Behauptung, daß der U-Boot-Krieg für Amerika nur ein Vorwand gewesen sei, in den Krieg eingegriffen.

Demgegenüber führten wir aus, daß der Eintritt Amerikas in den Krieg die tatsächliche Folge des uneingeschränkten U-Boot-Krieges und von sozialdemokratischer Seite für diesen Fall bestmögliche Prophezei worden ist. Erst durch den U-Boot-Krieg konnte in dem pazifistischen Amerika eine Stimmung entstehen, die der Kriegspartei Oberwasser verschaffte. Daß hier der Kernpunkt der Frage liegt, gibt auch die alldeutsche Presse zu. Aber hier hat sich ihre Anschauung merklich gewandelt. Die „Neuzzeitung“ erklärt, diese sozialdemokratische Prophezei sei „allerdings nicht so falsch“ gewesen, denn durch unser diplomatisches Verhalten gegen Amerika sei diesem „der Eintritt in den Krieg von uns ja geradezu zur Ehrensache“ gemacht worden, falls wir den uneingeschränkten U-Boot-Krieg aufnehmen.

Das, vor Tische lag man anders! Als die Frage des U-Boot-Krieges noch nicht entschieden war, da wurden in der alldeutschen Presse alle, welche die eingetretenen diplomatischen Folgen voraus sagten, als Blumacher und Spayrlieder beschrien. Gerade die alldeutsche Presse betonte damals unablässig, daß Amerika im Ernst gar nicht daran dachte, in den Krieg einzugreifen. Die Drohung Wilsons sei nur ein echt amerikanischer Bluff, um Deutschland von dem Schritt des U-Boot-Krieges abzuhalten. Deutschland solle darauf ja nicht hereinfallen, wenn es so weit wäre, würde man sich in Amerika ruhig mit den Tatsachen abfinden. So — das läßt sich durch hundert Zitate belegen — schrieb die alldeutsche Presse vor dem Februar 1917. Jetzt hat sie auf einmal längst vorausgemut, daß wir Amerika den Eintritt in den Krieg „geradezu zur Ehrensache“ gemacht hätten. Hier gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder die alldeutsche Presse spekuliert auf die Vergeßlichkeit ihrer Leser oder aber sie hat diese vor dem 1. Februar 1917 in unverantwortlicher Weise hinter sich geführt.

Sollten wir uns jetzt immer wieder vor Augen, daß der alldeutsche Fehlschuß für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg unter der agitatorisch wirklichen Verheißung geführt worden ist, daß durch dieses Mittel der Krieg bedeutend abgekürzt werden würde. Jetzt sagen uns Hindenburg und Ludendorff, daß diese Rechnung nicht einmal rein militärisch richtig gewesen ist. Wir haben nicht daran gedacht, daß unsere U-Boote England in ein paar Monaten aushungern würden. Wenn ich Ihnen Einblick in die Akten der Obersten Seeresleitung geben dürfte, so würden Sie daraus erfahren, daß wir von Anfang an mit dem U-Boot-Krieg weniger besondere als allgemeine Wirkungen haben hervorbringen wollen.

Das sind Ludendorffs Worte. Und damit vergleiche man die Worte der Alldeutschen. Man vergleiche damit, daß Herr v. Seydebrand im Juni d. J. auf einer Versammlung in Rastatt erklärte, von ganz zuverlässiger marinefachmännlicher Seite geführt zu haben, daß England binnen zwei Monaten völlig erledigt sein würde. Diese völlig zuverlässige Seite“ des Herrn v. Seydebrand hat offenbar keinen Einblick in die Akten der Obersten Seeresleitung gehabt — Und wenige Zeit später, im August 1917, prophezeite der Fürst Salin-Horstmar auf einer Dortmund-Flottenvereinigung: „Nur noch wenige Monate gilt es anzuhalten und unsere Feinde liegen vollständig zerstückelt am Boden.“ Dagegen sagt Ludendorff: „Unser Ziel war nicht, England auszuhungern, sondern es zum Frieden geneigt zu machen.“ Diese Worte beweisen nur gar zu deutlich, daß man auf alldeutscher Seite das Volk mit Zukunftsbildern gelockt hat, die niemals in der Verrechnung unserer leitenden militärischen Stellen gelegen haben! Damit ist die alldeutsche Agitation vor der Weltgeschichte gerichtet.

Wenn Hindenburg und Ludendorff auf der andern Seite auf die allseitigen Ergebnisse hinweisen, die der U-Boot-Krieg für die Schwächung der feindlichen Fronten in Italien und Frankreich gehabt habe, so wird diesen von autoritärster Seite kommenden militärischen Sachurteil kein Laie zu widersprechen wagen. Gewiß ist es richtig, daß der U-Boot-Krieg den feindlichen Nachschub von Seeresbedarf usw. auf das empfindlichste gestört hat. Und trotzdem wird man sich die Frage vorlegen dürfen, ob diese militärischen Vorteile die nachteiligen politischen Folgen des U-Boot-Krieges wettmachen. Ludendorff selber bestreitet nicht, daß allein noch die Hoffnung auf die amerikanische Hilfe Frankreich und England zur Fortsetzung des Krieges ermutigt, er bestreitet nur, daß der U-Boot-Krieg für Amerika mehr als ein Vorwand zum Einmarsch gewesen sei. Aber hier sprechen die alldeutschen Blätter direkt gegen ihn, die jetzt plötzlich wissen, daß Amerikas Eingreifen bei der Bekämpfung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges geradezu eine Ehrensache für Amerika gewesen sei. Dann aber haben wir es hier mit einer im höchsten Maße kriegerisch verhängenen Wirkung der von der Triplic-Cligue als „Kriegsverlängerer“ betriebenen Entschlüsse zu tun. Die alldeutsche Theorie ist durch Hindenburg und Ludendorff völlig widerlegt.

Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg ist uns ein Schulbeispiel dafür, zu welsch verhängnisvollen Ergebnissen man gelangt, wenn man immer die Dinge unter rein militärischen Gesichtspunkten sieht und die politischen Folgen von Kriegshandlungen als nicht existent oder nebensächlich betrachtet. Deshalb stellen wir gestern mit vollem Bewußtsein die Forderung auf: Die Generale führen den Krieg und die Staatsmänner den Staat. Das gilt namentlich auch für die Dinge, die sich jetzt im Osten abspielen. Auch hier orakeln die all-

deutschen Blätter von nichts weiter als Stärkung unserer militärischen Position und ähnlichen Dingen. Aber wenn es einer zielbewußten Diplomatie gelangt, ein Volk von 170 Millionen aus Feinden zu Freunden Deutschlands zu machen, so ist das mehr als die prächtigste militärische Leistung, so ist das mehr als 10 militärische Siege. Deshalb haben hier nicht die Fachmänner der Strategie, sondern der Völkerpsychologie das Wort, und wir wünschen unseren Diplomaten nur, daß sie diese Kunst mit gleicher Vollkommenheit meistern mögen wie Hindenburg, und Ludendorff die ihre.

In lächerlicher Weise läßt die „Täg. Rundschau“ den „Vorwärts“ gegen Genossen Scheidemann auszuspielen. Wir hatten gestern geschrieben:

„Die Kritik schweigt, wenn Ludendorff erklärt: „Der Krieg wird nicht als Kampfpause abgebrochen werden, er wird für uns günstig entschieden werden.“

Dem stellt die „Täg. Rundschau“ das angebliche Wort Scheidemanns gegenüber: „Ein Mann, der noch an einen Sieg glaubt!“ und fragt höfisch: „Wer jetzt der Mann sei.“ Der „Täg. Rundschau“ zur Antwort, daß die von uns jehmal angebrachten ökonomischen Fälschungen Scheidemannscher Worte auch durch einmalige Wiederholung nicht richtig werden. Genosse Scheidemann hat niemals die obigen Worte gebraucht, sondern den für einen Narren erklärt, der an einen so zerschmetternden Sieg der einen oder andern Seite glaube, daß man am Schluß des Krieges einem willenslosen Gegner die Bedingungen einfach diktieren könne. Ihn gibt übrigens Ludendorff vollkommen recht, der selber in der Unterredung ausführt, daß ein einzelner Schlag den heutigen Krieg kaum mehr entscheide, daß die Seiten der Schlacht bei Sedan vorüber sind.

Trotsky übt Vergeltung an England.

Amsterdam, 2. Dezember. Aus Petersburg meldet Reuters: Trotsky hat Befehl gegeben, daß keinem Engländer erlaubt werde, Rußland zu verlassen, solange die in England gefangen gehaltenen Russen nicht freigelassen worden seien.

Bis zu erwarten war, ist die Aufforderung, die Trotsky vor einigen Tagen an England ergehen ließ, ohne Antwort geblieben. Der jetzt durch das Schweigen bewirkte Befehl spürt die Angelegenheit zu. Trotsky setzt dem schweigenden England, das mit der bolschewistischen Regierung nicht verhandeln will, Dammstrahlen an. Damit wächst die Angelegenheit über ihre anfängliche Bedeutung hinaus.

Auch Bulgarien zum Frieden bereit.

Die Sobranje über Wazehonien.

Sofia, 1. Dezember. (Redung der bulgarischen Telegraphenagentur.) Bei Wiederbeginn der Sobranjensitzungen hat Ministerpräsident Radoslawow folgendes erklärt:

Bulgarien war stets bereit, in Uebereinstimmung mit seinen Verbündeten in Friedensverhandlungen einzutreten, sobald ein solcher Vorschlag von den Gegnern ausginge. Solch Vorschlag ist jetzt von dem Oberhaupt der Regierung der Russischen Republik Lenin und dem Vorkommis für auswärtige Angelegenheiten Trotsky an uns gerichtet worden. Wir haben sofort geantwortet, daß wir bereit seien, in Verhandlungen einzutreten. (Lebhafte Zustimmung.) Bulgarien konnte dieses Friedensangebot nicht ablehnen, weil es sein nationales Ideal, um dessen willen es in den Krieg eingetreten ist, erreicht hat, die Einigung des bulgarischen Volkes in einem einzigen Staate, der

Wazehonien, das Morava-Land und die Dobruddja in sich schließt. Dies wird für uns die Grundlage aller Besprechungen bilden. Nach meinen Nachrichten wird die russische Regierung demnächst ihre Vertreter bestimmen, die sich alsbald mit unseren Verbündeten über die Führung der Verhandlungen beschreiben werden. (Anerkennung Zustimmung auf allen Bänken.)

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten ergriff der Führer der „weißberigen“ Sozialisten Janko Salafow das Wort, um auf der Notwendigkeit zu bestehen, sich die Gelegenheit, einen Verhandlungsfrieden zu schließen, nicht entgehen zu lassen, ohne jedoch die Interessen der bulgarischen Nation zu opfern. Der von den großen imperialistischen Mächten bereits angenommene Grundfah eines demokratischen Friedens dränge sich auch auf den Balkan auf, wo er das einzige Mittel für eine dauerhafte Ordnung darstelle, die keine Verzichtung der nationalen Einheit bringen dürfe.

Der Führer der „weißberigen“ Sozialisten Blagow sprach den Wunsch aus, daß die Friedensbedingungen vorher in der Sobranje besprochen würden, da der Vorschlag der russischen Regierung sich an die Völker richte und diese durch ihre Parlamente vertreten würden. Der unabhängige Sozialist Parlosow verlangte, daß Sobranjevertreter den Vertretern der Regierung beizugehören wären, um geheime Abmachungen zu verhindern.

Ministerpräsident Radoslawow erwiderte, dies würde eine ganz unnötige Maßnahme sein, da die Regierung nicht daran denke, dem Parlament und der Nation etwas zu verheimlichen.

Ententearbeit gegen Rußland.

Rosa von England befehlt?

Bern, 3. Dezember. Die Pariser Ausgabe der „Echicao Tribune“ meldet aus Washington vom 25. November: Die hiesigen russischen Diplomaten sagen einen Bürgerkrieg in Rußland voraus, falls es sich zu einem Sonderfrieden mit den Mittelmächten entschlösse, und nehmen an, daß die Gegner der Maximalisten von den Ententemächten kräftige Unterstützung erhalten würden. Es verlautete, daß Rosa, der einzige Winterhafen Rußlands, von England besetzt, und ebenso wie Wladiwostok für die Maximalistenregierung wertlos gemacht werden würde.

Dieselbe Zeitung erfährt aus Petersburg vom 25. November: Die Newyork-Ereignisse hätten wegen Kohlenmangels die Arbeit eingestellt: 7000 Arbeiter sind arbeitslos, und man fürchte, daß die Woll- und die Obuchoff-Werke mit je 10 000 Arbeitern in dieser Woche aus demselben Grunde geschlossen würden.

Die Pariser Konferenz wird von der französischen Presse eingehend besprochen. Die Verhandlungen der Konferenz erstreckten sich, soweit die Presse unterrichtet ist, auch auf Rußland und eine etwaige rote beziehungsweise Proklamation der Entente an das russische Volk. Die Blätter warnen vor einem Abbruch der Beziehungen zu dem russischen Volk, das von den Maximalisten nur verführt sei.

„Radical“ fragt, was die Westmächte tun wollen, um die 40 Milliarden, die sie Rußland geliehen haben und die Zinszahlung für diese Milliarden sicherzustellen.

Italiens Kriegsgeheimvertrag.

Eine Waffe gegen die italienischen Kriegstreiber.

Die „Pravda“ vom 28. November teilt in Fortsetzung der Veröffentlichung der geheimen Dokumente nun auch den Vertrag mit den Engländern, Frankreich und Rußland mit Italien ein, um dessen Hilfe zu gewinnen. Sie haben sich zu den ungenüchlichsten Verprechungen bereitgefunden.

In mehreren Artikeln wird aufgezählt und genau bestimmt, was der umworbene Bundesgenosse schulden sollte. Man sicherte ihm die Gebiete des Trentino, zu dem das ganze nördliche Tirol, das nach dem Brenner als Grenze bemessen wird, Triest und Umgebung, die Grafschaften Görz und Gradisca, ganz Friaul bis zum Quarnero und ganz Dalmatien mit weiteren Gebietszuschlägen im Norden und Süden, hier unter Zuschlag des ganzen Etschen-Gebiets, dann Salona mit ansehnlich sicherem Hinterland, ferner an der Küste Kleinasien die Inseln des Dodekanes und endlich die Anerkennung des Rechts auf Erweiterung seiner afrikanischen Besitzungen, sofern der französische und englische Kolonialbesitz auf Kosten Deutschlands erweitert werden. Das Ziel ist vor allem also die Veruchung jeder Basis einer österreichischen Seemacht in der Adria. In Summa ein Eroberungsprogramm, an dem sich zeigt, welcher rein imperialistischen Sache mit dem für die national erregten Massen bestimmten Schrei nach Befreiung der unerlösten italienischen Gebiete nachgegangen wurde.

Eine besondere Aufgabe hatte Italien in dem Kampfe gegen die Friedensbewegung zu übernehmen. Es sollte den Papst in Schach halten. Der Artikel 15 des Vertrages bestimmt:

Frankreich, England und Rußland übernehmen die Verpflichtung, Italien darin zu unterstützen, den heiligen Stuhl daran zu hindern, irgendwelche diplomatischen Schritte für die Erringung eines Friedensschlusses oder die Regelung von mit dem gegenwärtigen Kriege zusammenhängenden Fragen zu unternehmen.

Dieser Artikel beleuchtet die Schwierigkeiten, die dem Vatikan nach jeder Friedensabstimmung bereitet worden sind. Man wird daraus aber auch schließen dürfen, daß der Papst mit Gewalt gehindert worden wäre, hätte er den nach Eintritt Italiens in den Krieg in der Presse auftauchenden Plan einer Ueberfiedlung in das neutrale Spanien ernstlich betreiben wollen.

Ein Schlußartikel setzte fest, daß Italien „auf jeden Fall nicht später als einen Monat nach der Unterzeichnung“ aktiv aufzutreten habe.

Das Wichtigste des Vertrages ist aber der Artikel, aus dem hervorgeht, daß Italien sich von vornherein verpflichtet hatte, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg im Bunde mit Frankreich, Großbritannien und Rußland gegen alle mit ihnen feindsühnenden Mächte zu führen.“

Die italienische Regierung suchte lange Zeit den Schein zu wahren, daß es nur einen eigenen Krieg gegen Oesterreich führe. Jetzt wird dem diplomatischen Lügenpiel durch den zweiten Artikel des Kriegsvertrages die Maske abgerissen. Die Regierung Salandras hatte sich selbst der Entente verdingen, und wenn sie trotzdem so lange zögern konnte, so drängen zur Kriegserklärung an Deutschland nachzugeben, so geschah es, weil die Entente notgedrungen auf den Widerstand des italienischen Volkes gegen die Erweiterung des Krieges selbst Rücksicht nehmen mußte. In den Akten dieses Kampfes am Salandras im Mai 1916 zu Göt., und die Herren Sonnino und Solerti schoben dann das italienische Schiff dem Vertrage gemäß tiefer in den Krieg hinein.

Die Veröffentlichung des Vertrages kommt zu rechter Stunde. Sie wird den italienischen Kriegsmochern schlimme Stunden bereiten. Der italienischen kriegsfeindlichen Demokratie gibt sie die schärfste Waffe in die Hand.

Lloyd George will siegen.

Wachsende Friedensströmung in England.

Amsterdam, 2. Dezember. (Reuters.) In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Welt-Parlaments“ wies Lloyd George auf den Ernst der gegenwärtigen Lage hin. Wir haben, sagte der Premierminister, Frieden, Munition, wirtschaftliche und finanzielle Mittel, und das Gefühl, daß wir für das Recht kämpfen. Wir müssen jetzt jeden Nerv anspannen, um die Einheit der Leitung herzustellen und den Lasten Rechnung zu tragen. Wenn wir keine Zeit verlieren und entschlossen sind, den Krieg zu gewinnen, wird es uns gelingen. Wir müssen Geduld, Ausdauer und Standhaftigkeit haben, dann werden wir siegen.

Bern, 3. Dezember. Der in Eszterhazy am 21. November abgehaltenen Jahresversammlung der Londoner 225 000 Mitglieder zählenden Labour Party lag eine den sofortigen Friedensschluß fordernde Entschließung vor. Der Antrag eines Delegierten, darüber ohne Erörterung zur Tagesordnung überzugehen, wurde mit 198 gegen 130 Stimmen angenommen. Die starke Kinderheit läßt die Zunahme des Friedensbedürfnisses der englischen Arbeiterklasse erkennen.

Ramian Macdonald verlangte in einer in Derby am 24. November gehaltenen Rede die Zulassung der Arbeiter und der Kirche zu den künftigen Friedensverhandlungen und betonte, der Friede müsse ebenso gut zwischen den Männern, die im Schweiße ihres Angesichts arbeiten, geschlossen werden, wie zwischen den gekrönten Häuptern und goldbetreten Diplomaten. Der Redner verlangte ein bedingungslos freies Belgien, während Eliaz-Lothringen das Recht erhalten müsse, über sein eigenes Geschick zu bestimmen.

Die Gegenstöße bei Cambrai.

Berlin, 3. Dezember. Dem in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember bei Passchendaele gemeldeten schweren Artilleriefeuer folgten in den frühen Morgenstunden des 2. Dezember starke englische Angriffe, die nach aufgesunderem Befehl als Ziel eine etwa 600 Meter hinter unserer vordersten Linie liegende Geländewelle hatten. Der englische Angriff brach an der jähem Widerstandskraft thüringischer und baltischer Truppen zusammen, die in schneidigen Gegenstößen den Engländern vorübergehende Anfangserfolge restlos wieder abdrangen. Unter sehr starken blutigen Verlusten löste der Feind nach über 80 Gefangenen ein. Nachmittags nahm auf dem Kampfplatze um Passchendaele das Feuer wiederum große Stärke an, ohne daß Infanterieangriffe erfolgten.

Wie in anderen schreiterten auch auf dem Schlachtfelde von Cambrai abendliche feindliche Angriffe, die nach stürkcher Feuerbereitung gegen die Linie Juch und Bourlon angelegt waren. Desgleichen brach ein starker englischer Angriff bei La Caquerie blutig zusammen. Der im Ogrugraf gestorbene Feind erlitt in unserer Verfolgungsfeuer weitere schwere Verluste. Außer den gemeldeten 6000 Gefangenen und 100 Gefährten verlor die Engländer seit dem 30. November noch über 100 Maschinen-

Groß-Berlin

Verwertung städtischen Geländes.

In der letzten Sitzung der Gemischten Deputation, die auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im Vorjahr zur Nachprüfung der Bebauungspläne in dem noch nicht bebauten Gelände Berlins sowie zur Beratung über die Herstellung kleiner, gesunder und preiswerter Wohnungen eingeleitet wurde, sind Beschlüsse gefasst worden, die registriert zu werden verdienen.

Hast zwanzig Jahre sind vergangen, seit im Auftrag der Fraktion Genosse Heimann zum erstenmal im Berliner Rathaus den Antrag begründete, städtisches Gelände, soweit es nicht für gemeindliche Zwecke benötigt wird, nicht zu verkaufen, sondern nur im Wege des Erbaurechts zu verwerten. Der Antrag wurde ohne Sonderberatung abgelehnt, und das gleiche Schicksal erfuhr all die zahlreichen ähnlichen Anträge, die von der Fraktion seitdem bei den verschiedensten Gelegenheiten gestellt wurden.

Vor kurzem gelang es uns durchzusetzen, daß in dem neuen Bebauungsplan von Treptow eine Kleinhausfiedlung, wenn auch in bescheidenem Ausmaß, vorgesehen wurde. Als dieser Plan in der Deputation zur Besprechung gelangte, stellten unsere Vertreter wieder den Antrag, wenigstens dieses für die Kleinhausfiedlung vorgesehene Gelände nur im Wege des Erbaurechts zu vergeben. Der Antrag wurde nach eingehender Beratung angenommen, nachdem vorher schon gleichfalls auf Antrag unserer Vertreter beschlossen war, den Magistrat zu ersuchen, einzelne Stücke aus zusammenhängendem städtischen Grundbesitz nicht zu verkaufen, damit nicht die Einföhrung des Erbaurechts behindert werde. Des Weiteren soll der Magistrat ersucht werden, zu geeigneter Zeit eine Denkschrift über die Bedeutung des Erbaurechts und seine Anwendbarkeit auf den Berliner Grundbesitz herauszugeben.

Die gefassten Beschlüsse bedürfen noch der Zustimmung der Gemeindebehörden. Ob diese erfolgen wird, steht dahin. Immerhin sind die Beschlüsse der gemischten Deputation nicht mehr aus der Welt zu schaffen und belegen sie praktisch zunächst auch nur wenig, so stellen sie in grundsätzlicher Hinsicht doch einen erfreulichen Fortschritt und einen Erfolg unserer kommunalen Kleinarbeit dar.

Groß-Berliner Gemeinden und die Kleinwohnungsnot.

Auf Einladung und unter dem Vorsitz des Potsdamer Regierungspräsidenten Freiherrn von Massenbach ist, wie wir erfahren, in einer Versammlung von Vertretern der zum Regierungsbezirk Potsdam gehörigen Gemeinden des Verbandes Groß-Berlin die Frage besprochen worden, ob in Groß-Berlin nach dem Antrage eine ernstliche Wohnungsnot zu erwarten sei und mit welchen Mitteln ihr gesteuert werden könne. Ueber den Verlauf der Besprechung wird uns folgendes berichtet:

Die Groß-Berliner Gemeinden glauben durchweg mit einer recht empfindlichen Not an kleineren Wohnungen rechnen zu müssen. Die von ihnen bereits vorgenommenen tatsächlichen Feststellungen haben diese Auffassung bestätigt. Wegen der Vereinfachung von Wohnungen für die Uebergangszeit wurde in den Verhandlungen darauf hingewiesen, daß die vorhandenen feuerpolizeilich und hygienisch einwandfreien Wohnungen in Dach- und Kellerwohnungen, deren Benutzung bisher nur aus hauspolizeilichen Gründen verboten worden sei, eine erhebliche Reserve darstelle, auf die man als Notbehelf werden zurückgreifen könne. Man verhehlt sich indessen nicht, daß es Schwierigkeiten bieten werde, diese Wohnungen nach Beendigung des Notzustandes wieder zu räumen. Jedenfalls müßte ihre Freigabe von vornherein auf einen bestimmten Zeitraum beschränkt werden. Weniger Beifall fand der Vorschlag, die Wohnraumbedingungen im Notfall in Voraden unterzubringen. Einig war sich die Versammlung offenbar darin, daß es das Wichtigste sei, für schnelle Inangangsetzung der Bautätigkeit nach dem Antrage rechtzeitig alles vorzubereiten. Es werde sich dabei nicht nur um Vereinfachung von Bauverfahren und billigeren Boden, sondern auch besonders um die Gewährung billiger Baugelder und Realcredite handeln. Die Beratungen sollen fortgesetzt werden.

Diese seltsame Art von Kleinwohnungsnot, die den aus den Schützengräben und Unterständen heimkehrenden Kriegern ein Notquartier in Dach- und Kellerwohnungen zu bereiten geduldet, dürfte bei den von ihr Begünstigten wenig Verständnis und Gegenliebe finden.

Die Verbandssammlung Groß-Berlin

Ist vom Vorsitzenden des Verbandes Oberbürgermeister Vermuth zu einer Sitzung am Montag, den 7. Januar 1918, nach dem Berliner Rathaus geladen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Vorlage, betreffend Abstandnahme von der Ausübung des Erwerbsrechts gegenüber der Berliner Elektrischen Straßenbahn-Aktiengesellschaft zum 1. Januar 1920 und die Vorlage, betreffend die bauliche Erschließung fiskalischer Ländereien in Verfolg des Beschlusses der Verbandssammlung vom 12. März 1917, ferner soll der Antrag Bauer und Genossen beraten werden, welcher lautet: Die Verbandssammlung wolle beschließen, den Verbandsauschuss im Hinblick auf die drohende Kleinwohnungsnot zur größten Beschleunigung der Verhandlungen mit dem Fiskus wegen der baulichen Erschließung fiskalischer Ländereien zu Kleinhausfiedlungen und zur baldigen Berichterstattung über den Stand dieser Verhandlungen aufzufordern.

Käseverteilung.

Von morgen bis Sonntag wird in den Bezirken der 154.-155. Wotkommision an die dort in die Preisfeststellungslisten eingetragenen Kunden je 125 Gramm Käse verteilt, ebenso an einige bisher noch nicht berücksichtigte Geschäfte in den Bezirken der Wotkommisionen 1-153. Der Käse ist erhältlich in den durch besondere Verkaufsstellen: Verkauf von Käse der Festhalle Groß-Berlin gekennzeichneten Geschäften. Das Nähere ergibt sich aus der an den Auslieferanten veröffentlichten Bekanntmachung. Wer sich bei der letzten Futteranmeldung bei einem anderen Geschäft hat eingetragen lassen, das vorher berücksichtigt war, während das frühere Futtergeschäft noch nicht an der Reihe war, mag sich bei der Festhalle Groß-Berlin schriftlich melden.

Berliner Lebensmittel.

In Berlin wird auch in der laufenden Woche wieder die Kartoffelration von 7 Pfund für die kommende Woche betragt. Diejenigen, die auf die Abchnitte 2a bis 2g der grünen Sonderkartoffelkarte ihre 7 Pfund Kartoffeln noch nicht erhalten haben, können diese bis spätestens 9. Dezember beim Kleinhandeler abholen.

Nochmals die „Iosen Suppen“.

Zu dem im „Vorwärts“ veröffentlichten Klage über die „Iosen Suppen“ erhalten wir einige Mitteilungen von der Kriegsnährmittel-Gesellschaft. Sie glaubt, sich dazu äußern zu sollen, weil jetzt in ihr ein großer Teil der Suppenindustrie zusammengefaßt ist. Erwähnt hatten wir die Kriegsnährmittel-Gesellschaft nicht, aber wir lassen gern auch sie zu Worte kommen. Viele Fabriken für Suppenpulver besitzen jetzt ihre Rohstoffe nur von der Kriegsnährmittel-Gesellschaft und müssen auch nach den von ihr angefertigten Rezepten arbeiten. Die Suppenpulver dieser Fabriken fließen zur Versorgung der Gesellschaft und werden dann der allgemeinen Verteilung durch die Reichsverteilungsstelle für Nahrungsmittel angeführt. Die Kriegsnährmittel-Gesellschaft überwacht die von ihr versorgten Fabriken durch Beauftragte, die sie Proben

entnehmen läßt. Wenn die daraus zubereiteten Suppen sich als minderwertig erweisen, so wird den betreffenden Fabriken die Lieferung von Rohstoffen gehindert. Im ganzen ist die Nachfrage nach Suppen so stark, daß die Kriegsnährmittel-Gesellschaft den Rohstoffbedarf nicht annähernd zu decken vermag. Es gibt noch Fabriken, die nicht von ihr beliefert werden, sondern sich Rohstoffe auf andere Weise verschaffen und dann die Suppenpulver nach eigenen Rezepten herstellen. Manche dieser Fabriken verwenden auch Rohstoffe, die sich schlecht zu Suppenpulvern eignen und keine schmackhafte Suppe ergeben können. Dazu gehört die Kohlrübe. In den vergangenen Winter bis zum Ueberdruß „genießen“ mußten. Die damals übrig gebliebenen Bestände an Kohlrüben sind zu einem Kohlrübenmehl vermahlen worden, und dieses fragwürdige Erzeugnis wird nun mit einigen geschmackbesseren Zutaten durch gewisse Fabriken zu Suppenpulver verarbeitet. Die von der Kriegsnährmittel-Gesellschaft mit Rohstoffen belieferten Fabriken dürfen vorbehaltlichgemäß zu ihren Suppenpulvern kein Kohlrübenmehl nehmen, und die Gesellschaft liefert solches überhaupt nicht. Auch Dörrrüben wird zu ihren Suppenpulvern nicht mehr verwendet, weil es beim Kochen hart bleibt.

Wir können feststellen, daß die Suppe, die den Anlaß zu der in Nr. 319 unseres Blattes veröffentlichten Klage über die „Iosen Suppen“ gab, aus einer nicht von der Kriegsnährmittel-Gesellschaft versorgten Fabrik herrührte. Wünschenswert scheint uns, daß die Bevölkerung über die Herkunft der von ihr zu laufenden „Iosen Suppen“ nicht im Unklaren gelassen würde. Auch sollte vorgeschrieben sein, die Zusammenlegung der Suppenpulver anzugeben. Dabei könnte man vielleicht recht lehrreiche Aufschlüsse über Wert und Unwert mancher Erzeugnisse der Suppenindustrie erhalten. Die Kriegsnährmittel-Gesellschaft stimmt unserem Wunsch bei, daß die Bevölkerung von minderwertigen Erzeugnissen verschont bleiben möge.

Wertpapiere von Privatpersonen werden in der Zeit vom 17. bis einschließlich 23. Dezember nur dann angenommen, wenn sie — abgesehen von den den Inhalt betreffenden Mitteilungen — ausschließlich bares Geld oder Wertpapiere, Urkunden, Gold, Silber, Edelsteine oder daraus gefertigte Gegenstände enthalten. — Das Verlangen der Eilbestellung ist für die bezeichneten Tage bei gewöhnlichen Paketen, die von Privatpersonen herrühren, nicht zuzulassen.

Warnung an die Kleinfleischhändler. Aus den Kreisen der Kleinfleischhändler kommen Klagen darüber, daß ihnen die Einhaltung der vorgeschriebenen Kleinfleischpreise nicht möglich sei, weil im Großhandel Wucherpreise für Schlachtpreise und Veredelung gefordert würden. Das Kriegswirtschaftsamt macht darauf aufmerksam, daß es überal, wo im solche Fälle bekannt werden, un-nachlässiglich einschreiten wird. Die Betroffenen haben dann nicht nur eine gerichtliche Strafe zu gewärtigen, sondern es kann ihnen auch sofort der Handel unterlagt und der Geschäftsbetrieb geschlossen werden. Als angemessenen Großhandelspreis, bei welchem dem Kleinfleischhändler die Einhaltung der vorgeschriebenen Höchstpreise möglich ist, hat der Handelsausschuß der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin 100 M. für den Zentner mit Knochen berechnet.

Unverschämter Wucher mit Nähgarnen. Das Kriegswirtschaftsamt hat die Firma Otto Platauer Nachf. (Gustav Caspar), Röllertstr. 152 des Schamloien Wuchers mit Nähgarnen überführt. Die Frau des Firmeninhabers, Frau Paula Caspar, hatte Kenntnis erhalten, daß ein großes Berliner Konfektionshaus, dessen Kundin sie war, Nähgarn für seine Arbeitsstuben dringend benötigte. Frau Caspar hielt in ihrem Warenhaus Nähgarn in Ueberflusse vorrätig, die sie für höchstens 50 Pf. pro Rolle eingekauft hatte. Sie ließ durch ihren Vetter, den Handlungsgeschäftigen Max Vinius, Garnstr. 49, der Konfektionsfirma das Garn mit 6,75 M. und einer anderen Firma mit 6,60 M. pro Rolle anbieten. Vinius verkaufte auf diese Weise, soweit feststellbar, werden konnte 1020 Rollen für 6880 M. Die Frau Caspar bei ihrer Vernehmung selbst zugeben mußte, hatte die Ware einen realen Wert von ungefähr 400 M. Das Kriegswirtschaftsamt konnte im Warenhaus Platauer noch etwa 1500 Rollen im Gewicht von mehreren Zentnern beschlagnahmen. Seit Wochen hatte Frau Caspar den Verkäuferinnen Anweisung gegeben, an Ladenkunden keine Garne mehr abzugeben. Die tätige Geschäftsfrau und ihr Vetter wurden festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Für 38 000 M. Seiden- und Wollestoffe gestohlen haben Einbrecher die einem Geschäft in der Pestalozzistr. 86 einen Verkauf abstatuieren. Obwohl die Täter sich zur Fortschaffung der Beute eines Wagens bedient haben müssen, sind sie unbemerkt entkommen.

Charlottenburg. Lebensmittel. Vom Donnerstag, den 6. bis Sonntag, den 13. Dezember, werden verabfolgt: 125 Gramm Steinpilzsuppe auf Abschnitt 126, 1 Pfund Wärmelade auf Abschnitt 157, 125 Gramm Kunstbrot auf Abschnitt 158. Bis einschließlich Sonntag werden auf die Nahrungsmittelschlüsselkarten auf Abschnitt 34 125 Gramm Steinpilzsuppe ausgegeben.

Neukölln. Verkauf von Wärmelade. Die Abgabe von 500 Gramm Wärmelade findet auf Abschnitt 71 statt, während Abschnitt 68 für unglücklich erklärt wird.

Rückgang der Schullinderzahl. Die Zahl der Gemeindegemeinschaftler hat während des Krieges nicht unerheblich abgenommen. Während die Schullinderzahl im Oktober 1915 88 494 bei einem Zuwachs von 1028 Kindern betrug, ist sie im Oktober 1917 auf 87 150 zurückgegangen; hiervon sind 18 347 Knaben und 18 812 Mädchen. Demgegenüber ist auch die Durchschnittsschullinderzahl in den einzelnen Klassen zurückgegangen. Sie beträgt indes immer noch 31,2 Schüler pro Klasse. Auch im kommenden Jahre wird eine größere Anzahl von vakanten Lehrstellen in Lehrerinnenstellen umgewandelt werden.

Lichtenberg. Lebensmittel. Auf Abschnitt 147 S können im Dezember 250 Gramm Kandiszucker zum Preise von 25 Pf. entnommen werden. Die Anmeldung hat bis zum 8. Dezember in den Drogerien und Apotheken zu erfolgen; die Ware gelangt nach dem 15. zur Verteilung.

Ferner auf Abschnitt 151 E 125 Gramm Gröhe oder Graupen, Abschnitt 151 K 1/2 Pfund-Paket Worgentrunk, Abschnitt 151 J, G je 50 Gramm Nahrungsmittel, Abschnitt 131 E Heringe, Abschnitt 147 E Nahrungsmittel und auf Abschnitt 148 E frische Äpfel und Seefische. — Verkauf von Brennholz. Mit dem Verkauf in ungeschichteten Kloten soll sofort begonnen werden. Die Lösung der Holzklotten hat in der Kohlenstraße, Zimmer 86, Scharnwedersstr. 19, unter Vorlegung der Kohlenkarte zu erfolgen. Die Holzabgabe findet Hauptstraße 4 statt. Die Preise betragen für einen Raummeter 50, 48 und 34 M.

Pantow. Die Lebensmittelversorgung durch die Gemeinde. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung nahm Genosse Schmitz in eingehender Weise zur Lebensmittelversorgung das Wort. Er wies auf die Notwendigkeit hin, angesichts des bevorstehenden vierten und besonders schweren Kriegswinters ganz besonders Vorsorge zu treffen. Es komme vor allem darauf an, bei den zuständigen Stellen, namentlich beim Kreise Niederbarnim, darauf hinzuwirken, daß die Verteilung der Lebensmittel mit den der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegenden Nahrungsmitteln besser als bisher gelinge. Auch wäre energisch darauf zu dringen, daß bei der im allgemeinen guten Kartoffelernte die Rationierung pro Woche von 7

auf mindestens 10 Pfund erhöht werde. Ferner müßten geeignete Maßnahmen getroffen werden, welche das gesundheits-schädigende Ansehen beseitigen. Auch dem neuerdings in Erscheinung tretenden Anflug des „Lautschandels“ zwischen Geschäftsleuten wie auch zwischen Lehrern und dem Publikum, durch welchen die übrigen Verbraucher schwer benachteiligt werden, müsse energisch gesteuert werden. Empfindlich sei, was sich die Käufer von einzelnen Geschäftsleuten oft bieten lassen müßten, so neuerdings bei der Kohlenbelieferung und Gemüservteilung. Schließlich sei von den Vertretern der Gemeinde in der Wotkommision Groß-Berlin auf eine zweckentsprechendere Wotkommisionverteilung hinzuwirken. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß für einen Säugling eine Wotkommision, eine Kartoffelkarte, eine Teufelkarte, sowie eine ganze Reihe von für den jungen Erbenbürger noch ganz unbrauchbaren Dingen vorgesehen seien, während für die Kinder von 10 bis 14 Jahren — einem Alter fürmischer Entlohnung — nicht eine einfache Brotkarte übrig wäre. — Bürgermeister Stawitz versicherte, daß die Ausschüsse für die Ernährung im kommenden Winter verhältnismäßig gut seien. Die Kartoffelration von 7 Pfund, die Rationierung von 1300 Gramm und das Fleischquantum von 250 Gramm werde den ganzen Winter ohne Einschränkung ausgegeben werden können. Auch die sonstige Nahrungsmittelbelieferung werde durch den in den nächsten Tagen ins Leben tretenden Lebensmittelverband Groß-Berlin vorwiegend durch eine Verbesserung gegen den bisherigen Zustand erfahren. Die Kartoffelbelieferung mit zurzeit etwa 45 000 Zentnern gestatte auch für größere Kälteperioden regelmäßige Versorgung. Ferner seien auch noch etwa 1/2 Zentner Kohlrüben auf den Kopf der Bevölkerung vorgesehen. Ferner versprach der Bürgermeister den geringsten Uebelständen nach Möglichkeit abzuwehren, sowie gegen Händler, die sich in der geschätzten Weise gegen die Käufer verhalten, un-nachlässiglich vorzugehen, nur müßten begründete Beschwerden auch wirklich zu seiner Kenntnis gebracht werden. So sehr anzuerkennen sei, daß auch die Händler unter den Kriegsfolgen oft schwer zu leiden hätten, so müsse er es doch als unerhörtes Unrecht des Burgfriedens bezeichnen, wenn der Syndikus des Gemüsehändlervereins in dessen Zeitung das laufende Publikum mit der Bezeichnung „Käuferskandalen“ belegt habe. — Nachdem noch eine Reihe weiterer Redner in der Angelegenheit das Wort genommen, beschloß sich die Vertretung sodann mit der bereits eingehenden Kleinwohnungsnot. Zu der Anregung der Schaffung eines amtlichen Wohnungsnachweises sprach sich Bürgermeister Stawitz sum-potentiell aus und stellte eine entsprechende Vorlage in baldige Aussicht.

Reinickendorf. Gemeindevertretung. Dem zu befristenden Lebensmittelverband Groß-Berlin beizutreten beschloß die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung. Beauftragt wurden die vom Kreise Niederbarnim der Begründung des Lebensmittelverbandes bereiteten Schwierigkeiten und der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Kreis Niederbarnim die auch vom Kreise Teltow akzeptierten Vorschläge annehmen werde. Geschlossen wurde ferner, daß das Mieteingangsamt häufig auch bei einer Anwesenheit von nur zwei Besitzern beschlußfähig ist, falls die Parteien der Verhandlung ihrer Sache bei dieser Vertretung des Gerichts zugestimmt haben. Den Besitzern soll für jede Sitzung eine Entschädigung von 6 M. gewährt werden. Der Zentralverband der Handlungsgeschäfte hatte den Antrag gestellt, umgehend ein Ordo-statut zu schaffen, durch das die bisher zugelassene Verkaufszeit in den Nahrungsmittelständen an den Sonntagen umgehend beseitigt wird. Diese Aussetzung wurde von unseren Genossen unterfütigt. Namens des Gemeindevorstandes erklärte hierzu der Bürgermeister, daß er mit dem Antrag sympathisierte; daß aber am Orte fast keine offenen Verkaufsstellen vorhanden seien, in denen launmännliches oder auch gewerbliches Personal beschäftigt würde. Es empfahl sich, diese Frage mit den Nachbargemeinden, insbesondere mit Berlin, gemeinsam zu regeln. Auf die Aufforderung, eine solche Regelung anzuregen, erklärte der Bürgermeister, daß der Gemeindevorstand sich mit einer entsprechenden Anfrage an die in Frage kommenden Gemeinden wenden werde.

Salzverkauf. Von jetzt ab werden in den amtlichen Verkaufsstellen auf Abschnitt 126 der Lebensmittelkarte je zwei Pfund Salz abgegeben werden.

Britz. Aus der Gemeindevertretung. Die am Freitag abgehaltene Sitzung beschloß, für die Versorgung der minderwertigen Bevölkerung mit Bekleidungsstücken die Summe von 10 000 M. zu bewilligen. Einer Vorlage des Gemeindevorstandes, wonach die Gemeinde die Mitgliedschaft bei der Bau-genossenschaft Ideal erwerben soll, wurde einstimmig zugestimmt. Die Gemeinde will durch eine Vertretung im Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft tätigen Anteil an den weiteren Arbeiten derselben nehmen und den Kleinwohnungsbauförderung. Die auf noch vorhandenem umfangreichen Baugelände zu errichtenden Neubauten sollen auch der Fürsorge für Kriegsteilnehmer und der für kinderreiche Familien dienlich gemacht werden. Den Lehrpersonen an den Volksschulen wurde eine Erhöhung der Ortszulagen bewilligt, die gegenüber den bisherigen eine Erhöhung bis zu 150 Mark mit sich bringt. Ferner sollen denselben auf Antrag besondere Teuerungszulagen gemacht werden. Die im Dezember bewilligten Teuerungszulagen für Beamte sind auf die Sätze von 540, 720 und 900 M. erhöht. Ueber die Lebensmittelversorgung gab der Bürgermeister einen längeren Bericht. Die hier eingetragenen Zustände, die nicht zum geringsten Teil auf die zunehmende und ungenügenden Maßnahmen der leitenden Stellen zurückzuführen seien, machten es den Gemeinden außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich, die berechtigten Forderungen der Bevölkerung zu erfüllen. Zur Brennstoffversorgung wurde mitgeteilt, daß mit der Stadt Neukölln eine Vereinbarung getroffen ist, wonach die Einwohnerschaft von Britz von dort Holz entnehmen kann.

Rowaves. Gemeindevorstand. Die Gemeindevertretung beauftragt sich in ihrer letzten Sitzung nochmals mit den besonders von bürgerlicher Seite als notwendig erachteten Ertrag- bzw. Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung. Nach längerer Beratung wurde beschloßen, die Wahlen im März nächsten Jahres vorzunehmen und zwar auf Grundlage der alten, aus dem Jahre 1914 stammenden Wählerliste. Die Bemerkungen unserer Vertreter, die Aufstellung einer neuen Liste durchzuführen, waren vergeblich, obwohl sie darauf hinwiesen, daß bei Quarantänelegung der alten Wählerliste ein erheblicher Teil der Einwohner, die inzwischen die Wahlberechtigung erlangt haben, von der Wahl ausgeschlossen würde. Die von der Gesamtheit beauftragte Erhöhung des Gaspreises um 5 Pf. wurde nach längerer kritischer Ausföhrung der Gemeindevorstandes Rathen und Neumann einstimmig abgelehnt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Reinickendorf. Heute, abends 8 Uhr, findet in den Hubertus-sälen, Provinzialstr. 78/79 eine von der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Gemeindevertretung veranstaltete Kundgebung für den Bürgerausschuß Groß-Berlin statt.

Reinickendorf. Morgen, 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Grabow.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugendheim Berlin. Lindenstr. 3. Heute Dienstag, abends 7 Uhr an: Spiel- und Unterhaltungsabend. — Nächsten Sonntag, abends 7 Uhr, findet ein Vortrag für die weibliche Jugend statt, worauf schon heute hingewiesen wird.

Revolutionsjournalismus im Gerichtsgebäude.

Die im Kriminalgerichtsgebäude der gute Ruf der Presse untergraben werden kann, zeigte eine vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte Anklage wegen Betruges, die sich gegen einen älteren, mit dem Eisernen Kreuze geschmückten Gerichtsdieners richtete.

Interessant war der Entschuldigungsgrund, den der Angeklagte u. a. geltend machte: er habe wiederholt gesehen, daß ein gelegentlicher Richterfall sich nicht geniere, derartige Geschäfte mit Angeklagten zu machen, so daß er geglaubt habe, daß auch er in dieser Weise Geld verdienen könne.

Das Gericht sah das Vergehen des Angeklagten für so schwer an, daß es ihn zu einem Monat Gefängnis verurteilte, wobei betont wurde, daß ein solches Vergehen eine schwere Schädigung des guten Rufes der Vertreter der Presse darstelle, die pflichtgemäß ihres Amtes zu walten haben.

Wehr als das Vergehen des gleichfallsigen Gerichtsdieners interessiert und die Tatsache, daß in Berliner Gerichtsfilen ein Revolutionsjournalist sein Wesen treiben kann oder treiben konnte. Es ist bedauerlich, daß man den Namen des Ehrenmannes nicht genannt und die anständige Presse in den Stand gesetzt hat, sich vor der Mitarbeit dieses „gesetzlichen Richterfallers“ zu schützen. (Ann. R. 23.)

Geschehen vielfache Mißhandlungen einer Stieftochter führten die Frau des im Felde stehenden Händlers Groß, Frau Margarete Götz aus Weidenau, vor die Strafkammer des Landgerichts III. Das Schöffengericht hatte sie zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt und sofort in Untersuchungshaft genommen. Der Ehemann der Angeklagten hat sich vor etwa vier Jahren mit dieser verheiratet, um seinen beiden durch den Tod der Mutter verwaisten Kindern eine geordnete Erziehung angeheben zu lassen. Die neue Mutter behandelte die Kinder auch gut, solange der Vater noch nicht zum Geesendienst emberufen war, mit seinem Fortgange aber änderte sie ihr Verhalten vollkommen und wurde zur Regäre, die an der kleinen, jetzt 13jährigen Hedwig ihren Groll darüber auszulassen schien, daß ihr eigenes in der Ehe geborenes Kind durch den Tod ihr wieder geraubt worden ist. Der Arzt konnte etwa 120 teils frische, teils verorbene Wunden an der Hand, der Stirn, den Wangen, am Rücken, an den Schultern, am Gesicht und am Hinterkopf feststellen. Das Mädchen gab hierzu die Erklärung, daß die Stiefmutter sie wiederholt mit einem Stück Holz verprügelt, aber auch mit einem Stoch ins Gesicht geschlagen habe, wiederholt sei die Angeklagte mit einer sogenannten Schusterzähle auf sie losgegangen und habe ihr Gesicht und Mund umhergeschlagen, einmal habe sie auch dem Stiefsohn den Kopf gegeben, die Schwester zu verprügeln. Die Angeklagte hatte gegen das schöffengerichtliche Urteil Berufung eingelegt. Die Verhandlung zeigte, daß die Angeklagte eine überaus aufgeregte Frau ist, deren Verren durch den Tod ihres Kindes stark geitien haben. Nur mit Rücksicht hierauf entließ sich der Gerichtshof, die Strafe auf ein Jahr Gefängnis zu ermäßigen und einen Monat Untersuchungshaft anzuordnen. Die Stieftochter ist ihrer „Erziehung“ schon entziffen und in Pflege gegeben worden.

Hamburg und das Küstengebiet der Elbe ist von einer Sturmflut heimgesucht worden, die am Sonntag einen Wasserstand von 18 Fuß, 1 Zoll brachte, während der Normalwasserstand bei Hamburg 8 Fuß beträgt. Der Straßenbahnbetrieb am Hafen mußte eingestellt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Montags, 3. u. 5. u. 7. Uhr, Donnerstags, 3. u. 5. u. 7. Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Enchabe und eine Bots als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Alle Anfragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

R. 80. Der Verkäufer hat recht. — 3. Kompanie 72. 1. Dem Dienstoffizier müssen Sie folgen. 2. Aus dem für den Soldaten vorgeschriebenen Anstandsregeln. — 3. 57. Die Mutter hat keinen Anspruch. — Zeche. Freie Kost. Antrag ist an die Kommandantur zu richten. — Heidegrün 211. 1. Nein. 2. Mit Dornschädel. 3. Die Eltern können einen von der Gemeindegewalt befreiten Antrag an das Kommando des Truppenkorps richten. — 1. W. Kommen Sie zur Sprechstunde. — Mohndorf 136. Weiden Sie sich mit Ihren Anträgen an das Preuss. Landeshauptamt, Berlin SW, Königgrätzer Str. 121. — R. G. Ja. — Kurant. Weiden Sie sich an das Zentralkomitee des Roten Kreuzes, Berlin, Prinz-Albrecht-Strasse (Abgeordnetenhause). — R. P. 96. Weiden Sie sich an die Schiedscommission, Berlin, Ackerstr. 23. — G. R. 31. Der Vorkauf ist schon seit dem Jahre 1870 dauernd in Kraft geblieben. — Weihnachtsunterstützung 600. Ja. Ihre Frau soll sich an das Bureau des Holzerbeitervereins, Berlin, Rungestr. 30, wenden. — R. A. 20. Darüber können wir Ihnen leider auch keine Auskunft geben. — W. S. 26. Nein. — G. T. 1900. 1. Die Geburtsurkunde. 2. Danach können Sie sich am besten bei Ihrer Anmeldung erkundigen. — P. 3. Redukt 165. Gewerbesteuer. Sie haben den Antrag auf Abänderung. — 3. 33. 1. Ja. 2. Haben sämtliche Urkunden des Bestandes erhalten. 3. Seit 22. oder 23. November 1917. — G. V. 28. Stellen Sie persönlich zur Sprechstunde. — G. D. 3. Ihre Frage ist nicht recht klar befragt. der 1. R. Die Unternehmung wird auf Antrag nachgeschickt, wenn der Wohnort nicht dauernd verlegt ist. — S. C. 16. Ja. für September. — Va. 11. Wenn die Eltern zusammen 6 Jahre alt, nicht Landwehr oder Panztrium, gedient haben, können die Eltern für jedes weitere Jahr 240 M. Nachschußentschädigung beanspruchen. — G. D. 123. 1.—3. Sie können nur den Einzahlungsbetrag verlangen. — R. A. 281. Der Kinder hat Anspruch auf 5 Proz. des Wertes bis 300 M. Wert. Bei höherem Wert 1 Proz. Nach Ablauf eines Jahres der erfolglosen Bekanntschaftsmachung erreicht der Kinder das Eigentumsrecht. — Urkundigen Sie sich bei der Polizei. — G. D. 10. 1. mit 2. Ja. — Urkundigen Sie sich bei der Polizei. — 1002. 1. Weiteres darüber finden Sie im Bericht des Hauptauswärtigen, Norddeutscher, Nr. 102, 1. Seite 10.000. — R. A. 3. — R. S. 32. Wenn Sie zum Scherzschreiben aufgefunden werden, müssen Sie auch folgen, falls Sie nicht krank oder direkt verhandelt sind. Gegen Scherzschreiben steht Ihnen die Weisung offen. — G. S. 9. 1. Ja. 2. mit 3. Antrag ist an die betreffende Kirchengemeinschaft zu richten. — Kalowitz, Marienburg. Ihre Frau hat als Ehefrau eines zum Geesdienst Eingetragenen Anspruch auf Nachschußentschädigung. Ihr Ehemann ist 1905 M. Entbindungsgeld. 2. Gesamtsumme 10 M. Anfall. 3. Pro Tag 1.50 M. Nachschuß auf die Dauer von 8 Wochen. 4. Gesamtsumme 50 M. Anfall für 27 Tage. — R. P. 44. Sie haben Anspruch auf Unterhaltsleistungen und im Hinblick darauf auf Abänderung, wenn Ihr geschiedener Ehemann an Ihrem Unterhalt verhindert war. — G. D. 2. Ja, die Abänderung der Unterhaltsleistungen dauert aber circa 6 Monate. An das lgl. Polizeipräsidium richten.

Weitererichtungen für das mittlere Norddeutsche bis Mittwochs mittags. Restliche Beller, jedoch kalt und sehr unbedeutend, täglich leichte Schneefälle.

Table with lottery results for the 10th Prussian-Russian Class Lottery. Columns include prize amounts and winning numbers.

Table with lottery results for the 10th Prussian-Russian Class Lottery. Columns include prize amounts and winning numbers.

Advertisement for various theaters including Deutsches Theater, Komödienhaus, Berliner Theater, and Rose-Theater.

Theater für Dienstag, 4. Dezember. Central-Theater, Lustspielhaus, Residenz-Theater, Schiller-Theater O, Schiller-Th. Charl., Thalia-Theater, Theater am Nollendorfsplatz, Neues Operettenhaus.

URANIA. Dienstag, den 4. Dezember, 8 Uhr: Tier und Mensch in der Wildnis. Busch. Täglich 7 1/2 Uhr: Das neue Dezember-Programm. U. a.: Die granzulösen 4 Schwert, Klubb!

Schwarzer Kater. Friedrichstr. 165. Ecke Bohrenstraße. Claire Waldoff, Jean Moreau, Dario Paili. u. das hervorragende Dezember-Programm.

Bekanntmachung. I. Den Wählern und sonstigen Stimmberechtigten wird für jeden Fall, in dem sie den Anhaber einer gefälligen Briefkarte polizeilich feststellen lassen, so daß er gerichtlich bestraft wird, noch erfolgter Bestrafung eine Belohnung von 50 Mark ausgesetzt.

Der große Varieté-Spielplan. 12 Attraktionen 12.

NATIONAL-THEATER. Cöpenicker Str. 68. Täglich 7 1/2 Uhr. Sonder-Vergünstigung (nur bis 8. Dezember). Ausschneiden! Orchester-Sessel Reihe 1-4 statt M. 2 10 inkl. Gard. Reihe 5-8 statt M. 1 80. Mittel-Rang-Balkon statt M. 1 50. Gr. Orchester. Das ist die Liebe! Täglich Lachertag! Vorverkauf 10-2 und ab 6 Uhr abends. Sonntagsnachm. 3 1/2. Was j. Mädchen träumen.

Casino-Theater. 7 1/2 Uhr. Nur noch bis 5. Dezember: Heiraten mußte! Ab Donnerstag, 6. Dezember: Die neue Berliner Felle: Hamsterfrühe. Sonnt. 4 Uhr: Castel Morris.

100 Postkarten, gangbarstes Prachtprogramm, anth. Gold-Glanz, Broms., Kanst., natr. Blau-, Kopf-, Kind-, Geburtstags-, Liebes-, Landschafts-, Witzk. usw. 5 M. (10 bis 30 Pf. Verkauf); stauend schneller Absatz. Tausende Anerkennungen. 100 Wohn- u. Neujahrsk. 4 u. 5 M., in Glanz 10 M. Silbargl. 12 M., 100 bill. Karten 1.50, 2.50, 3 M. P. Wagenknecht-Verl., Leipzig.

Weihnachtsgeschenke frühzeitig kaufen! Belvedere. Leipziger Straße 97 und Königstraße 46. Juwelen * Uhren Gold- und Silberwaren. Besonders empfehlenswerte Geschenk-Artikel.

Zirkus A. Schumann. Bht. Friedrichstraße. Heute Dienstag keine Zirkusvorstellung, sondern Kr. Musikaufführung für Kgl. Kommandantur Berlin Morgen und folg. Tage 7 1/2 Uhr: Tiger 10 Maud Wolf, Hleg. Kunde, und das hervorragende Sport-Zirkus-Programm. MEXIKO Orig. Ausstattung-Pantomime.

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Zigeuner. APOLLO. Friedrichstr. 218. Dir. J. Klein. Abends 7 1/2 Uhr: Fern Andra. sowie das unvergleichliche eriekl. Dezember-Programm. Keine Preisermäßigung! Theaterk. ununterbr. geöffnet. Reichshallen-Theater. Abends 7 1/2 Uhr u. Sonnt. nachm. 3 Uhr. Stettin. Sängerkorps. Benelz-Vorstellung. Zum Schluß zum 1. Male: Mein Weihnachtstraum. Militär. Zeitbild von Meyse.

Trianon-Theater. Goepensstr., Bht. Friedrichstr. Tel.: Zentrum 4927 und 2391. 7 1/2 Uhr Der 1/8 Uhr Lebensschüler. Komödie von Ludwig Fulda. Ida Wüst, Erich Kaiser-Fitz, v. Möllendorff, Mart. Kettner, Stg. 3/4, kl. Pr.: Hedda Gabler. Admirals-Palast. Ballett auf dem Eis 7 1/2 Uhr. Abrakadabra. Vorzügliche Küche.

Pelzwaren in großem Einzelverkauf wie alljährlich zu billigen Preisen. S. Schlesinger. Neue Königstr. 21 (Ordnungs-Nr. 112). kein Laden, II. Stock. Bitte genau auf Firma 21 und Hausnummer 21 zu achten! Sonnt. v. 12-2 geöffnet.

Kögl. frisch. Perzenten. 1/2 3.50 an. Wäschbühner. 4.75. Remissen. 3.00. Bran Gräbste. Gähler Str. 55. Kennen Sie die Wohltut einer Leibbinde? Sämtliche Systeme am Lager. resp. nach Maß gefertigt, sowie Bruchbandagen aller Art. Artikel, Gesundheits- und Krankenpflege. Pollmann, Bandagist, Berlin N., Lotzinger Str. 60. * Lieferant für Krankenhäuser. Ummantelung. Zur Ausschaltung aller scharfen und kalten Stoffe aus Haut und Näfen, gegen Inverdiekung, Hautirritation, rotes Gesicht, Hautunreinigkeiten ist mein Ummantelungssystem ein wirksames erprobtes. Schachtel M. 1.50, Gbl. 3 Sch. 4.25. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Kranzspenden sowie sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig Paul Gross, Lindenstr. 69, Tel. 391. 7303.

Palast. Tägl. 7 1/2, Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2. Neu! Robert Steidl. Raffayotte, Cartella, Otto Reutter i. d. Rönne-Pose: Geh'n Sie bloß nicht nach Berlin!

Berliner Konzerthaus. Mauerstraße 92. Zimmerstraße 90/91. Heute: Großes Wohltätigkeitskonzert für den Weihnachtstfond des Garde-Grenadier-Regiments Nr. 5. Mitwirkende: Kapelle des Erz-Btl. des Garde-Gr.-Rgt. Nr. 5, verstärkt durch Hoboisten des Feld-Rgt., Leiter: Kgl. Musikdirektor K. Kniesel u. Kgl. Obermusikmstr. A. Glava. Berliner Konzerthaus-Orchester, Leiter: Komponist F. v. Blon, Else Vogt-Ganger (Sopran), Julius Roether (Tenor) u. Ot. Opern. Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 1 M. Anfang 7 1/2 Uhr. Karten im Vorverkauf im Berliner Konzerthaus zu haben. Alle Vergünstigungen aufgehoben.

H. Pfau, Bandagist. Berlin Dirsensstr. 20. G. C. Behnd. Alexanderplatz u. Holzgetreide. — Amt. Kat. 2308. Für Damen Frauen-Bedienung. Referent für alle Krankheitsf.

Spezial-Arzt. Dr. med. Hasché, Friedrichstr. 90. direkt am Stadthaus. Behandl. von Tuberkul., Haut-, Gorn-, Frauenleiden, Irg. chron. Nalle, Chron. Gorn-, Sten., Icterusleide, Injektion Behandlung ohne Narkose, Blutunterfuchung, Nage. Breite Zeitigung. Sprechstunden 10 bis 11 u. 5-8, Sonnt. 11-1.

Prima Würstchen. A. Wurst a. Kaninchen- u. Rostfleisch tägl. frisch. Pfd. 3.50 M. Nachm. Eilp.-Vers. Versand u. 5 Pfd. ab. Rostfleischterei und Wurstfabrik Arthur Schindler, Zwickau i. S. 1. * Hovel, Prof. A. Die neueste große Tafelkassette 3.80 M. Buchführung, Vormerk., Sinschproße 3, Paben.

Waffenstillstände und ihre Geschichte.

Es ist die Regel, daß Waffenstillstände schließlich zum Friedensschluß führen; allein wie von jeder Regel, so gibt es Ausnahmen auch von dieser. Das berühmteste Beispiel einer solchen Ausnahme bietet wohl der Waffenstillstand, der nach den Schlächten von Wägen und Baugen zwischen Napoleon und den Verbündeten geschlossen wurde. Es ist ein weltgeschichtlicher Waffenstillstand geworden. Denn in ihm entschied sich die Frage, ob Deutschland auf die Seite der Verbündeten treten würde oder nicht. Napoleon rechnete mit Sicherheit darauf, seinen Schwiegervater von den Verbündeten abtrennen zu können, und die deutschen Patrioten zitterten, daß unerkennbarem Jünglingsansehen an Napoleon die Befreiung Deutschlands zunichte machen könnten. Aber Napoleon zeigte sich selbst sehr entgegenkommenden Friedensvorstellungen gegenüber unzugänglich, und damit entfiel er sein Schicksal. Als die letzte Stunde des Waffenstillstandes geschlagen hatte, ahmeten die Stein und Krüd, die Blücher und Gneisenau erleichtert auf, das Los des Vorkrieges war geworden; und es waren Augenblicke dramatischer Spannung, die das Ende dieses Waffenstillstandes befehligen. Umgekehrt hat wohl nie ein Waffenstillstand dramatischer begonnen, als der, der 1866 den Friedensschluß zwischen Preußen und der habsburgischen Monarchie einleitete. Am 22. Juli standen Oesterreicher und Preußen bei Blumensau im Gefechte, und noch wurde von beiden Seiten hart um die Entscheidung gerungen, als gegen Mittag die Nachricht von dem vereinbarten Waffenstillstande eintraf und so dem Kampfe mitten in seiner Entwicklung ein Ende machte. Da hieß es „Das Ganze halt“, und bald hatte der Frieden den Krieg abgelöst.

Die Geschichte der Waffenstillstände geht sehr weit in der Kriegsgeschichte zurück. Die ergab sich nach blutigen Schlachten auf beiden Seiten das Bedürfnis, die Gefallenen zu begraben, die Verwundeten aber zu sammeln und hinter die Front zu führen. Oder handelte es sich um Städtebelagerungen, so gönnte man wohl Fremden und Frauen eine Frist, die Stadt zu verlassen, und ließ während dieser Zeit die Waffen ruhen. Das sind sozusagen die geschichtlichen Ursprünge der Waffenstillstände gewesen. Es sind auch Fälle vorgekommen, in denen sich Waffenstillstände infolge der Erschöpfung beider Parteien gleichsam von selbst als zwingendes Bedürfnis aufgedrängt haben. So geschah es während des furchtbaren Ringens um Sebastopol, während dessen man nach jedem großen Kampfe auf eine kurze Vereinbarung der Feindlichkeiten, sei es für ein paar Stunden, sei es für einen Tag oder auch einige Tage einstellte, um die gewaltige Menge der Toten beiseite zu schaffen und den Kämpfern einige Ruhe zu gönnen. Und während dieser halbzwangenen Waffenstillstände sah man die Soldaten beider Heere, die sich noch eben während des Kampfes friedlich miteinander verkehrten. Der ausgebreitetste und kulturgeschichtlich wichtigste aller Waffenstillstände, die je geschlossen worden sind, war wohl die berühmte „Tregua Dei“, jener Gottesfrieden des Mittelalters, durch den der durch Kriege, Arme und Gewalttätigkeiten jeder Art geplagte damalige Menschheit wenigstens für die zweite Wochenhälfte eine stieliche Schonzeit gesichert wurde.

In der Regel ist es, wie auch diesmal, der besiegte Teil, der um einen Waffenstillstand erucht. Doch auch davon gibt es Ausnahmen, und eine der berühmtesten bildet das Vorgehen Napoleons im Jahre 1797. Damals war er, zum Teil auf Gefilden, die jetzt den glänzenden Sieg der verbündeten Streitkräfte gesehen haben, durch Oberitalien bis nach Leoben vorgezogen, von wo aus die Straße nach Wien vor ihm lag. Da rüdete er an den Erzherzog Karl folgenden Brief: „Herr Obergeneral! Die tapferen Soldaten führen Krieg und wünschen Frieden. Dauert er nicht schon seit sechs Jahren? Haben wir nicht genug Leute getötet und der traurigen Menschheit nicht genug Uebel verursacht? Sie beklagt sich von allen Seiten.“ Dieser patriotische Brief (im Vereine mit Napoleons strategischer Stellung) tat seine Wirkung; er führte zum Abschluß eines Waffenstillstandes, aus dem nachher der Friede von Campo-Formio hervorging. Napoleons Aufforderung zum Waffenstillstande war nun jedenfalls herzlich gemeint; die Geschichte kennt aber auch den Waffenstillstand als Kriegstil. Es war im Jahre 1805, wenige Tage vor der Schlacht bei Austerlitz, als ein Marschall Napoleons, der keine Vorhut befehligte, sich Kutusoff gegenüber sah, und zwar sah er dabei auf weit größere Streitkräfte, als er vermutet hatte. Da scheute er denn doch vor einem Gefecht zurück und ließ bei dem Russen auf einen Waffenstillstand anfragen. Der Humor der Sache lag darin, daß Kutusoff vor seinem Gegner ebenso viel Angst hatte, wie dieser vor ihm. Also ging er mit Eifer auf den Vorschlag ein, verhandelte, zögerte, verschleppte und ließ während dessen seine Arme ganz langsam nach und nach verschwinden. Als die Verhandlungen schließlich abgebrochen wurden, waren die Russen verdrückt und den Franzosen war eine günstige Gelegenheit entgangen.

Napoleon nahm den spöttigen Vorkall keineswegs von der humoristischen Seite, sondern schrieb seinem Marschall einen bitterböfen Brief, der mit den Worten schloß: „Sie bringen mich um die Frucht eines ganzen Feldzuges“.

Es pocht an eure Türe!

Neber die weiße Unendlichkeit des Schnees geht die gütige Dezemberlegende in einen Sternemantel gewickelt. Aber wie ein greiser, graufiger Knappe mit wehendem, weißem Bart sieht draußen der Krieg und jagt seine blutigen Vorkallen in das silberfunkelnde Weihnachtsglück hinein.

Es geht ein großes, langes Weinen über unser Vaterland. Kleine Hände pochen an eure Türe. . . Sie haben keinen Vater mehr.

Sie wissen nichts von einer Kindheit, die wie ein Märchen ist und einen lustigen Fiedelbogen hat.

Es geht ein großes Trauungwerden über keine Gefüchter, die ihren Vater suchen, der nicht mehr weiß in seinem kalten Soldaten-grabe, wie seine Kinder lachten, als sie sich an seinen Vaterknie die kleinen Nasen plattdrückten, wenn er ihnen im Feuerabendlichte große Geschichten erzählte!

Warmer Herdrauch steigt aus euren Schornsteinen, die ihr noch was Liebes habt, das euch auf der Erde hält, ihr kinderlosen Ehepaare und ihr Junggeheulen, ihr Witwen und ihr alleinlebenden Frauen!

Hebt in die Sterne der Christnacht ein verlassenes, frierendes Kind, das zu euch lom wie das engelumlungene Heilandsköpfchen in der wunderbaren Dezemberlegende, wo auch so viel Armut ist und so viel Liebe!

Macht für die verlassenen Kinder in eurem Herzen ein warmes Nest zurecht.

Dann wird ein Segen über's Vaterland hingehen.

Macht auf! Macht auf!

Mag Jungnickel. Anmeldungen an die Verkaufsstelle des Reichsverbandes für Kriegspatenenaktionen, Berlin W 30, Münchener Straße 49, oder an die örtlichen, amtlichen Fürsorgestellen.

Barbarazweige.

Der Schlachtenmaler Albrecht Adam, der 1780 in Rödlingen geboren war, erzählt in seiner Selbstbiographie aus seiner Jugendzeit: „In Rödlingen hat man nicht den düsteren Tannenbaum für die Christbeherung, sondern man setzt schon monatelang vorher den jungen Stamm von einem Kirsch- oder Weichselbaum in einer Zimmerede in einen großen Topf. Gewöhnlich stehen diese Bäume bis Weihnachten in voller Blüte und dehnen sich weit an der Zimmerdecke hin aus, was man als eine große Freude betrachtet; und was auch in der Tat zur Feier des Christfestes sehr viel beiträgt. Eine Familie wetteifert mit der anderen, und die, welche den schönsten blühenden Baum hat, ist sehr stolz darauf.“ In einigen Gegenden Kroats läßt man noch heute um die Weihnachtszeit einen Kirschbaum im Freien zum Blühen zu bringen. So grübt man in Nauggen in der ersten Hälfte des Monats, dem ersten Donnerstagsabend in der Abendszeit, unter einem Kirschbaum Kalk ein; gewöhnlich blüht dann der Baum in der Christnacht. Oben nämlich, als nur einzelne Zweige unseres Vaterlandes die Lichterstrahlende Tanne zu Weihnachten kannten, war die Sitte, am Weihnachtsfest das Haus mit blühenden Bäumen zu schmücken, auch in anderen Gegenden deutlicher Junge sehr verbreitet.

Da aber das Treiben ganzer Wälder vielen zu unständlich war, begnügte man sich mit einem einfacheren Schmaus. Einige Wochen vor Weihnachten brach man mit Kistenknospen versehene Zweige verschiedener Bäume und Sträucher und stellte sie im geheizten Zimmer in ein mit Wasser gefülltes Gefäß. Gegen Weihnachten blühten nun diese Zweige auf. Am meisten wurde zum Einstellen der Zweige ins Wasser der 4. Dezember benutzt, der Gedenktag der heiligen Barbara, der Schutzpatronin der Artillerie, die nach der Legende zur Zeit des Kaisers Maximilian in Nikomedien lebte und dort den Märtyrertod erlitt. Nach der heiligen Barbara nannte man die blühenden Zweige allgemein Barbarazweige.

In manchen Orten bildeten die mit Knospen besetzten Zweige von Fruchtbäumen einen regelrechten Handelsartikel; sie wurden auf dem Markte verkauft und selbst von Hausfrauen feilgeboten. Man benutzte die Barbarazweige sogar als Drosel. In manchen Orten besaßte sich jedes Familienmitglied einen Kirschen-, Weichsel-, Apfel- oder Birnbaumzweig und verlag ihn mit Netzzeichen. Alle wurden nun in einen Topf gestellt und gemeinsam gepflegt. Nach etwa drei Wochen blühten sie auf, und weifen Zweig sich mit den schönsten Blüten gekrönt hatte, dem sollte auch im nächsten Jahre das schönste Glück blühen. . . Bei richtiger Behandlung und Auswahl der zum Treiben ge-

eigneten Zweige ist in der Tat bereits in wenigen Wochen ein Erfolg zu erzielen. Damit man zu diesem gelangt, erhalten sie alle zwei Tage frisches, lauwarmes Wasser und werden täglich morgens, mittags und abends ebenfalls mit lauwarmem Wasser derart mittel des Bestäubers bespritzt, daß sie tropfen. So behandelt, stehen die Zweige der Forsythia, Mandel, Kirsche, Spiraea prunifolia, Stachelbeere, Sauer- und Kornelweibstee, der Pfäume, Schlehe und des Eschens und Seidelbastes bis Weihnachten unbedingt in reichem Flor. Ist das Glück gut, so zeigen sich auch an Birnenzweigen einige Blüten. . . In den letzten Jahren ist der sinnige Brauch der Barbarazweige in verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes wieder aufgelebt. Vor allem hat man immer mehr Gefallen daran gefunden, das Haus zum Weihnachtsfest mit Blumen zu schmücken, eine Sitte, die freilich jetzt, da auch die Blumen sehr teuer geworden sind, stark eingeschränkt werden muß. Dagegen verursacht es nur geringe Kosten, wenn man sich die geeigneten Zweige verschafft, um sie für das Weihnachtsfest im eigenen Zimmer zum Blühen zu bringen.

Ein Arbeiter-Sänger-Konzert.

Wenige Monate vor Kriegsbeginn — erinnere ich mich recht — stellte sich der neugebildete „Frauen- und Mädchenchor Nordens“ zum ersten Male mit Gesangsproben vor. Später noch einmal. Seitdem hat er sowohl an Mitgliederzahl wie an Können erfreulich zugenommen. Diesen günstigen Eindruck gewann man anlässlich seines unter Mitwirkung des „Berliner Sinfonie-Orchesters“ am letzten Sonntag in den Germania-Prachtsälen gegebenen Konzerts. Herr Jan F. v. D. Dries, der jetzige Chorleiter, hat die Gesangsarbeit tüchtig zu entwickeln und zu fördern verstanden. Es läßt sich gewiß noch mehr Freiheit in der Beherrschung der sinnlichen Mittel vollziehen. Was aber guten Ansang, Reinheit, klare Aussprache, an- und abschwellende Gebundenheit der Töne (Logato) angeht, so darf sich der Chor schon hören lassen. Von einigen dreistimmigen Frauenchören schien mir „Kein Feuer, keine Kohle“ am gelungensten.

Auch der „Sänger-Chor Wedding“ ließ sich mit verschiedenen Männerchören vernehmen. In „Robin Adair“, der tiefen Volksweise, noch zarter und ausgeglichener in dem Schauspieler „Ich hört ein Vöglein pfeifen“ . . . erfreute eine gewisse Kultur des Vortrages.

Gemeinschaftlich an einer größeren Aufgabe waren beide Chöre in dem Melodrama „Kolumbus“ für Vielsänger, Orchester und Rezitation von Julius Weder beteiligt. Hier war es uns ein besonderer Genuß, Adolf Klein, dem untergeordneten bedeutenden Darsteller klassischer und moderner, zumal japanischer Dramen, gestalten als Sprecher wieder zu begegnen. Das Werk erweckte großes Interesse und hinterließ einen starken Eindruck. ek.

Notizen.

— Bühnenchronik. Tilla Durieux will sich, wie es scheint, aus Rücksicht auf ihren erkrankten Gatten von der Bühne zurückziehen. Sie hat ihren Kontrakt mit dem Igl. Schauspielhaus gekündigt. Ihre letzten Rollen (Kleopatra, Medea) hatten bewiesen, daß sie in den Uebergang von der schillernden und raffigen Liebhaberrolle zu heroischen Rollen Kraft und Sonderart mit hinübergenommen hatte.

— Der Hunger nach Kunst (und auch die Sensation der zu erwartenden hohen Preise) nahm in und vor der Ausstellung der Kaufmanns-Sammlung in der Sezession bedeutliche Formen an. Es herrschte ein Massenandrang, als wenn die Gans zu 2 M. das Pfund verkauft worden wäre. Und es handelte sich doch „nur“ um alte Kunstwerke, die nächsten neuem Reichtum Glanz und Hintergrund verleihen sollen. Nebenbei machten sich die Veranstalter zweifach schuldig: sie hoben den angekündigten freien Eintritt auf und verlangten 2 M. Eintritt. Sie haben dadurch das begangen, was der Gelehrte im eigentlichen Sinne des Wortes unter „grobem Unfug“ versteht. Sie sind aber auch zivilrechtlich haftbar, wenn einige der vielen, die infolge unserer Hinweis auf den Graus-eintritt hingingen, Magen wollen.

— Die Porzellanfabrik Vb. Rosenthal, die in der Anfertigung hochqualifizierter und mit Kunstgeschmack durchgeführter Porzellane guten Ruf genießt, hat Vellebestr. 10 eine ständige Ausstellung ihrer Kunstabteilung eröffnet.

— Ein russisches Revolutionsmuseum. Der Zentralausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Russlands beschloß vor Ausschub der neuesten Ereignisse, ein Museum zu gründen, in dem alle Denkwürdigkeiten aus der Revolutionszeit gesammelt werden sollen. Das Museum soll wissenschaftlichen Zwecken dienlich gemacht werden. Daher wird in Aussicht genommen, es bei der Petersburger Akademie der Wissenschaften zu errichten. Inzwischen ist ja der bolschewistische Aufstand ausgebrochen.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines sterbenden Jahrhunderts. Von R. Franck.

„Baronesse, Seine Durchlaucht der Herr Herzog ist natürlich unbeschränkter Herr über uns alle — Wison fühlte einen Stich — aber der Deferteur untersteht nicht mehr seiner, sondern der militärischen Jurisdiktion. Nur der Herr Oberst Kray von Scharffenstein ist kompetent, ihn zu begnadigen, und der tut es gewiß nicht.“

„Warum nicht?“

„Der Herr Oberst ist der an sich höchst richtigen Ansicht, daß angesichts der wachsenden Unbotmäßigkeit des Bürgertums strenge militärische Justiz unbedingt nötig sei. Er hat noch nie jemand begnadigt.“

„Aber mir wird er es nicht abschlagen.“ Michalansky machte eine Verbeugung.

„Gnädigste Frau Baronin, der Herr Oberst . . . ein genialer Feldherr . . . ein Held, oh, er hat die größten Verdienste, aber ein strenger Kriegsmann, er haßt die Frauen.“

Wison setzte sich ratlos hin. Also war dieser arme Mensch verloren . . . Das durfte nicht sein . . . Mitleidlich kam ihr eine rettende Idee! Man mußte ihm zur Flucht verhelfen. Und niemand anderer konnte dies zuverlässiger betätigen, als Solms, sein Freund. Sie sprang auf:

„Michalansky, er muß mir einen großen Dienst erweisen. Ich kann nicht mehr warten. Er muß — am besten sogleich — zu dem Ehepaar de Solms. . . Und muß ihm sehr dringend eine Postkarte besorgen.“

Sie trat vertraulich an ihn heran.

„Ich brauche kein Ehrenwort, ich muß mich ganz auf ihn verlassen können. Ich werde sehr, aber sehr dankbar sein.“

Michalansky mißverstand das. Verflucht — dachte er — die geht ins Zeug. Mit plumper Vertraulichkeit klisterte er ettel:

„Oh, Madame, Sie machen mich glücklich.“

Wison fühlte sofort die Verrückung der Grenzen. Und von diesem Augenblick an war ihr das bisher gleichgültige Subjekt widerwärtig. Doch es gab für den Augenblick keinen anderen Hoffnungsanker.

„Er soll zehn, nein zwanzig Dukaten als Douceur bekommen, wenn er mich zufriedenstellend bedient. Sein Ehrenwort ist aber verpfändet.“

Michalansky fühlte die Demütigung. Er biß die Zähne zusammen und sagte trocken:

„Wenn es meine Stellung als Aktuar der Polizei zuläßt.“

„Dreißig Dukaten sogleich.“ Er stutzte.

„Ich muß erst hören . . .“

„Also er soll Herrn von Solms zu mir führen, ich erwarte ihn heute nacht — gegen zehn — im Schloßhain — ich werd' ihm einen Schlüssel zum Garten geben. Aber heiligste Diskretion — er muß sie schwören . . .“

„Wenn aber Herr von Solms nicht will — er ist verlobt, er liebt seine Frau.“ sagte froch der Unterhändler.

„Er wird wollen. Sag' er ihm . . . nein, zuerst muß er Diskretion schwören — hier vor dem Kreuztisch.“

Michalansky dachte ein wenig nach. Dreißig Dukaten — hundertfünfzig Gulden — drei Monate Gehalt . . . seine ganzen so drückenden Schulden betragen kaum so viel . . . Er war entschlossen. Außerdem hatte er diese Frau von nun an in seiner Gewalt. Sein unsehbarer Polizeinstinkt sagte ihm genau, was sie wollte. Sie wollte Weiber befreien durch Solms, um diesem gefällig zu sein. Er warf einen listernen Blick auf sie. Wie raffig sie war. Seit vorhin war die Weigerung in ihm erwacht. Hatte er sie in der Hand, war es leicht, auch in ihren Besitz zu kommen . . . Das wäre kein übler Spaß, mit einem Herzog zu teilen . . .

Er machte ein ernstes Gesicht und ein so treuherzig ehrliches als ihm nur möglich war!

„Baronin, ich will ehrlich reden. Ich brauche hundert Dukaten.“

„Er soll sie haben.“ sagte sie freudestrahlend. „Und nun schwör' er.“

Und Michalansky schwor. Bei Gott, dem eingeborenen Sohn und bei seinem Schutzpatron, er wolle es geheim halten, immer und überall.

Zu Solms solle er gehen und ihm sagen, Michalansky habe seine in jener Nacht verlorenen Schriften und wolle sie ihm wiedergeben und ihm auch wichtige Nachrichten sagen wegen Preiser.

Ganz dachte sie ihre Karten nicht auf — vielleicht aber hatte sie doch schon zu viel gesagt. . . Schließlich hatte sie

aber auch den Polizeialtnar in der Hand, wenn er zu solchem Tun bereit war. Nebenbei war ihr jetzt kein Opfer mehr zu groß. Seit heute morgen fühlte sie einen neuen Trieb, einen unüberstehllichen Zwang in ihrer Seele. Sühnen mußte sie, aufspornen mußte sie sich, denn sie mußte dem geliebten Mann ebenbürtig werden. Auch sie wollte jetzt kämpfen für Volkrecht und Freiheit. . .

So leicht, so frei fühlte sie sich schon selbst. Zum erstenmal glücklich und wieder innerlich froh seit ihrer Kindheit.

Es war unerträglich schwül im Zimmer. Sie stand auf, um das Fenster zu öffnen. Draußen blüdete der Sommertag. Weiße Wolken blühten wie Schneeberge herab auf den wieder menschenleeren Platz. Und auf ihm erkannte sie deutlich eine lange Bahn voll Blutlachen und einen großen dunkelroten Fleck am Pflaster.

Sie schauerle zusammen. Dann aber ballte sie die Hände und ihre Augen funkelten wie im Fieber.

Drittes Buch.

I. Trotz des Feiertages war die politische Polizei nicht untätig. Der Graf hatte dem Statthalter versprochen, selbst die Untersuchung gegen Dr. Widmont und Genossen in die Hand zu nehmen und es durfte keine Stunde mehr versäumt werden, um den großen Schlag zu führen.

Morawitz sah an diesem unerträglich schwülen Nachmittage in der Kängel, in der viel Leben war, wenn auch äußerlich der ganze Statthalterestock jene gespenstige Langlewelle atmete, die über allen Staatsgebäuden an Sonntagen ruht.

Auch Wehl war im Dienst und draußen wartete sogar der Schnellschreiber, um Protokolle aufzunehmen. Und mit ihm eine kleine Schar von unauffällig vorgeladenen, denen noch am Morgen zu ihrem größten Schrecken ein Geheimbote eine sofortige Bittierung in die Statthalterei überbracht hatte.

Bevor jedoch Morawitz in die Materie einging, führte er noch ein langes Gespräch mit dem getreuen Wehl — nachdem dieser kurz folgende Meldung erlittet hatte:

„Erzählen, Recherchen in causa Solms und Michalansky erfolgreich gewesen.“

gewehr. Bei der Wiedereinnahme von Masnières wurden vier Offiziere und 245 Mann eingebracht. Unter den Offizieren befindet sich auch ein Regimentskommandeur. Bei dem Gegenstoß in Gegend La Sazerie, wo dem Gegner neun Geschütze und 18 Maschinengewehre abgenommen wurden, griffen unsere Sturmflieger wiederholt aus niedrigen Höhen in den Erdkampf ein.

Der Kampf um Masnières.

Englischer Heeresbericht vom 2. Dezember. Auf dem Schlachtfeld von Cambrai wurden unsere Truppen gestern Abend befehlsgemäß von dem starken Vorstoß, der durch das Dorf Masnières gebildet wird, ohne Verletzung durch den Feind zurückgenommen. Heute morgen behob der Feind noch die geräumte Ortshaus. Jeon feindliche Angriffe wurden an dieser Front innerhalb der letzten 24 Stunden gemacht; sie wurden gänzlich zurückgeschlagen. Kämpfe haben im Dorf Gonnelleu und in seiner Umgebung stattgefunden. Feindliche Angriffe, die während des Nachmittags und Abends in der Nähe von La Sazerie und Bourlon angeführt wurden, wurden durch unser Gewehr- und Maschinengewehrfeuer niedergedrückt oder durch unser Artilleriefeuer zermalmt. Feindliche Infanterie, die in der Umgebung von Roenures zusammengezogen war, wurde durch unsere Artillerie erfolgreich unter Feuer genommen.

Nachmittags. Im Verlaufe des gestrigen Kampfes in der Nachbarschaft von Masnières machte der Feind nicht weniger als neun von einander getrennte Angriffe auf unsere Stellungen in und bei dem Dorfe. Alle wurden unter schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen. Bei dem letzten Angriff gelang es deutschen Infanterieabteilungen in der Nähe des Dorfes Les Aueux Vertes am Westufer des Scheldeskanals eine feste Stellung zu nehmen. Sie wurden aber durch unseren Gegenangriff herausgeworfen.

Beim 2. Dezember. Der Militärkritiker des „Echo de Paris“ schreibt zur deutschen Offensive bei Cambrai, es sei klar, daß ein großer Teil der eroberten Dörfer bis unmittelbar vor Cambrai von den Engländern unter dem Druck der Furchen von den Deutschen eingegebenen Massen geräumt werden mußte.

Der italienische Kriegsschauplatz.

Italienischer Heeresbericht vom 2. Dezember. Von der Hochfläche von Asiago bis zur unteren Siava hält das Artilleriefeuer in erheblicher Stärke an. Feindliche Truppen, die auf dem Marfche vom Monte Cimone zum Tale beobachtet wurden, wurden unter das Feuer unserer Batterien genommen und zerstreut. Starke feindliche Abteilungen, die sich nach heftigen Feuerkämpfen unter unseren Stellungen beim Monte Vercia zu nähern suchten, wurden sofort in die Flucht gejagt. In der Nähe des Vertica gewann eine unserer Abteilungen überaus die vom Feinde gebaltene Höhe 1549, ohne jedoch ihre Belegung zu bewerkstelligen, da sie all-gemeinem heftigen konzentrischen Feuer ausgesetzt ist.

Der Krieg auf den Meeren.

Szuzia, 2. Dezember. Neue U-Boot-Erfolge im Mittelmeer: 11 Dampfer mit

über 34000 Br.-R.-T.

Die Mehrzahl der Dampfer wurde im westlichen Mittelmeer und nach Osten bestimmten, fast gesicherten Geleitzügen herausgeschossen, einige davon im Nachtangriff.

Unter den vernichteten Schiffen befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer Trombridge (3712 T.), Murgan Abbey (4367 T.), Amberton (4556 T.), Antares (3061 T.), die bewaffneten spanischen Dampfer Rosalia (3135 T.), Mare Fraissinet (3060 T.), die italienischen Dampfer Senegal (848 T.) und Commendatore Carlo Brans (813 T.).

Die meisten Dampfer waren tief beladen, große Werte sind mit ihnen untergegangen. Unter anderem wurden 5200 T. Kohlen nach Alexandria bestimmt, etwa 4000 T. Jinn, Sopra und Zaba für Frankreich und 1500 T. Weizen für Italien verkauft.

In den erzielten Erfolgen hat Kapitänleutnant Otto Schulze hervorragenden Anteil.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Gustav der Befreier.

Die Annexionspolitik Stresemanns.

Herr Stresemann glaubt es ganz besonders pfiffig anzufangen, indem er in der „Nationalzeitung“ schreibt:

Neben Polen tritt aber auch die Freimachung von Kurland, Estland und Litauen als ein Ergebnis des Krieges in deutschen Annahmen vor unser Auge. Westwärts geht der Sinn dieser Völker. Westwärts treffen sie auf das militärisch und wirtschaftlich mächtige, kulturell sie anziehende Deutsche Reich und deutsche Volk. Form und Haltung der Zusammenhänge mit Deutschland wird noch unklar sein, aber kein Zweifel wird daran bestehen können, daß eine Selbstständigkeit dieser staatlichen Gebilde nur möglich ist unter enger Anlehnung an Deutschland. Immer wieder finden wir auch in der deutschen Presse die Auffassung, daß eine solche Gestaltung der Dinge unvereinbar sei mit russischem Selbstgefühl. Ist dem so? Von der russischen Demokratie ist das Lösungswort des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ausgegeben worden. Ein russisches sozialistisches Ministerium kann sich am wenigsten gegen die Anwendung dieses Grundgesetzes wehren. So pervertierte Wege kann schließlich doch die auswärtsige Politik nicht gehen, daß Deutschland Völker, die zu ihm neigen, absichtlich zurückdrängt, weil es glaubt, die russische politische Psychologie besser zu verstehen als diejenigen, die im Namen Russlands das Wort vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zuerst prägen.

Herr Stresemann tut genau so, als hätte ihm die Petersburger Volksregierung schon die baltischen Provinzen im Namen der Selbstbestimmung der Völker zur Verfügung gestellt. Er ist noch schlauer als Vandervelde, der nennt eine Annexion eine Dedannexion. Stresemann nennt sie Selbstbestimmungsrecht der Völker. Einstweilen steht noch gar nichts darüber fest, ob sich die Mehrheit der Bevölkerung in den baltischen Provinzen an Deutschland, an Rußland oder überhaupt nicht anlehnen will. Formen, um eine solche Feststellung in einwandfreier Form zu treffen, werden erst bei den deutsch-russischen Friedensverhandlungen gefunden werden können. Die deutsche Regierung wird sich aber hüten, wegen ein paar Länderstücken die Verhandlungen scheitern zu lassen!

Konservative Denkschrift zur Wahlreform.

In Antiken (Wahlkreis des Präsidenten Grafen v. Savenin-Pöygi) ist eine Denkschrift über die Wirkungen der Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen erschienen, in der von Wahlkreis zu Wahlkreis sorgfältig berechnet wird, wie sich das Landtagswahl-

ergebnis auf Grund des Reichswahlrechts gestalten dürfte. Der Verfasser kommt zu folgendem Ergebnis:

	Dehige Zahl der preussischen Landtagsmandate	Zahl der Mandate nach Einführung des Reichstagswahlrechts
Konservative	148	62
Freikonservative	54	17
Nationalliberale	73	81
Fortschrittliche	49	94
Zentrum	103	102
Polen	12	85
Dänen	2	1
Welfen	0	5
Sozialdemokraten	10	114
Sonstige	2	12

Das Resultat ist für die Konservativen viel zu günstig. Denn wenn sie jetzt die Einführung des gleichen Wahlrechts zu verhindern suchen und wenn das gleiche Wahlrecht dann doch kommt, so werden sie so zusammengehauen werden, daß nichts von ihnen übrig bleiben wird. Aber auch sonst haben die Berechnungen gar keinen Zweck, da der Krieg zweifellos eine ungeheure, parteipolitische Umwälzung der Wählermassen und wahrscheinlich auch eine sehr starke Veränderung des gesamten parteipolitischen Lebens zur Folge haben wird. So spricht jetzt schon alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß die zum gleichen Wahlrecht berechtigten Nationalliberalen mit den Fortschrittlichen vereinigen werden und daß eine so geschaffene einheitliche liberale Partei im Kampf gegen rechts bessere Resultate erzielen wird, als die von der Denkschrift errechneten. Was aber gegen das gleiche Wahlrecht ist, das ist für den Mäklanger der Weltgeschichte bestimmt!

Die Nationalliberalen zum neuen Regierungsprogramm.

Die parteiamtliche „National. Korresp.“ schreibt: Die „Berl. Kurier“, „Kor.“ und der „Deutsche Kurier“ bringen in übereinstimmendem Wortlaut die Behauptung, daß entgegen der Mitteilung der „Nat. Kor.“ ein einstimmiger Zustimmungsbefehl der nationalliberalen Reichstagsfraktion zu der Erklärung nicht vorliegt, mit der Dr. Stresemann sein Einverständnis mit dem innerpolitischen Programm des Reichskanzlers Grafen Hertling ausgesprochen hat. Wir stellen demgegenüber fest, daß die Erklärung Dr. Stresemanns nicht nur zu dem innerpolitischen Programm des Grafen Hertling, sondern überhaupt in ihrem ganzen Umfange unter einstimmiger Zustimmung der Fraktion abgegeben worden ist. Die Erklärung hat der Fraktion vorher im besten Wortlaut vorgelesen und ist von ihr durch einstimmigen Beschluß gebilligt worden.

Gehen und gegangen werden.

Der neue Kurs.

Der schwerliberale „Deutsche Kurier“ schreibt: Der Landrat des Kreises Paderborn, Herr v. Ledebur, hat seinen Abschied erbeten. Die innerpolitischen Verhältnisse machten es ihm nicht länger möglich, politischer Beamter zu bleiben. Herr v. Ledebur ist Vorsteher der Landwirtschaftskammer Westfalen und gehört zu den Führern der Konservativen im Wahlkreis Minden-Ravensberg. Auch andere Beamte traten schon zurück, weil sie den neuen Kurs nicht mitmachen können. Wir erinnern an Erz. v. Rheinbaben und die verschiedenen politischen Beamten in der Ostmark, die zurücktraten.

Der „Deutsche Kurier“ hält das Weichen für richtig. Allerdings, die Verwaltung bleibt die letzte Domäne des konservativ-schwerliberalen Kurles. Aber für wie lange noch?

Einziehungen von Heerespflichtigen durch die Zechenverwaltungen?

Von einer mehr als bezeichnenden Art der Einziehung Wehrpflichtiger wird aus Dortmund berichtet. Danach versendet das Bezirkskommando Dortmund II die Wehrstellungsbescheide nicht mehr durch die Post direkt an die Einberufenen, sondern die Karten geben den Zechenverwaltungen zu, welche sie dann ausgeben. Von Wehrschaftsmitgliedern der Zechen Holstein, Schleswig, Margoratho und Beremigte Schützbund wird sogar behauptet, daß die Betriebsleiter unter den jungen Leuten Auslese halten dürfen, und erst auf dem Zechenbureau die Namen der Wehrpflichtigen in die Wehrstellungsbescheide eintragen! Daß dadurch die Betriebsleitungen die Möglichkeit erhalten, ungewisse Leute zu entfernen und Günstlinge zu schonen, liegt klar auf der Hand. Die Verlegung über diese Art der Einberufung ist im Militärvertr. außerordentlich. Was sagt das Kriegsministerium dazu?

Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine neue Bundesratsverordnung über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges. § 1 der Verordnung setzt die obere Grenze des durchschnittlichen Tagelohns gemäß § 180 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung auf fünf auf acht Mark herauf, die in Abs. 2 und 4 befestigt bestimmte obere Grenze des durchschnittlichen Tagesentgelts und des mittleren Arbeitsverdienstes von sechs auf zehn Mark. — § 2 gestattet zur Deckung von Vorkosten die Erhöhung der Beiträge von 1/4 bis auf 3/4 Proz. des Grundlohns. § 3 läßt gewisse Erhöhungen des Krankentages bis zur Höchstgrenze von Dreiviertel des Grundlohns zu. § 4 gibt anerkennenden Kindern von Kriegsteilnehmern den Anspruch auf Wochenhilfe auch unter gewissen Umständen, unter denen er bisher nicht bestand. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Deutsch-Litauische Gesellschaft. Am 30. November erfolgte in Berlin im Reichstagsgebäude die Gründung der Deutsch-Litauischen Gesellschaft. In den Vorstand wurden gewählt Abgeordneter Erzberger, Abgeordneter Dr. Gaigalat und Prof. Dr. Alfred Weber. Der Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus: Abg. Erzberger, Abg. Pfarrer Dr. Gaigalat, Abg. Dr. Ludwig Haas, Abg. Leich, Dr. Paul Raiban, Abg. A. Müller, Abg. G. Wölke, Baron Ropp, Geheimrat Schriag, Abg. Trindorn, Prof. Alfred Weber und Prof. Dr. Wirth.

Parteinachrichten.

Eine mißglückte Aktion der Leipziger Unabhängigen. Unsere Genossen in Leipzig hatten auf vergangenen Sonntag eine Volksversammlung nach dem „Pantheon“ einberufen, in der Abg. Schöpplin über die innere Politik, Arbeitersekretär Lütich über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen sprach. In der Absicht, die Versammlung zu majorisieren oder abgebehalten zu sprengen, hatten die Unabhängigen sich eine größere Anzahl von Eintrittskarten verschafft. Trotzdem den Unabhängigen Redebeiträge zugesichert wurde, verhielten sie eine Geschlossenheitsdebatte zu erzwingen, womit sie aber kein Glück hatten. Während beinahe der ganzen Dauer der Schöpplin'schen Rede verübten sie Rabau und Skandal. In der Debatte sprachen dann

der Vorsitzende des Wahlkreises Leipzig-Land, G. Heib, und der Redakteur Liebmann von der „Leipziger Volkszeitung“. Schöpplin rechnete im Schlusswort mit den Unabhängigen ab. Nach dem Schlusswort zogen sie ab; ihre sorgfältig organisierte Aktion war total mißglückt. Die Versammlung setzte in aller Ruhe weiter, nahm das Referat Lütichs entgegen und sprach in einer einstimmig angenommenen Resolution ihr Einverständnis mit dem Referenten aus.

Die preussische Wahlreform und die Sozialdemokratie im Spiegel des Auslandes.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“, die bisher die Unabhängigen eher einschätzte und die Politik der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie ihren sicheren Anteil und ihr unangenehmes Verbleib hat.

„Wir sehen einen gewaltigen politischen Fortschritt sich vollziehen, an dem die Politik der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie ihren sicheren Anteil und ihr unangenehmes Verbleib hat.“ Die „Arbeiterzeitung“ weiß wohl, warum sie den Fortschritt in Preußen nicht, und spricht es auch offen aus: weil sie von der Demokratisierung des Mittelalters mit Recht eine günstige Wirkung auf die eigene Bewegung erhofft. Weniger gewichtig ist die „Leipziger Volkszeitung“, die über die berechtigte Kritik den großen Fortschritt nicht eben will, weil er ein Ehrenzeugnis für die Mehrheit ist, deren innerparteilicher Kampf in der Wahlreform mit einem deutschen, wenn auch noch nicht abgeschlossenen Siege geendet hat. Dieses Verhalten ist um so wichtiger, als in Sachsen sehr wohl ein demokratisches Vorbild — und seien seine Vorzüge auch nur relativ — gebraucht werden könnte.

Industrie und Handel.

Die Lockungen der Privatindustrie.

Vor wenigen Tagen veröffentlichte der „Bohrische Kurier“ eine Liste von Staatsangestellten, die augenblicklich in Kriegsgesellschaften tätig sind und nach Friedensschluss in leitende Stellen der Privatindustrie einziehen werden. Damit ist nur an einem besonders anschaulichen Beispiel ein Mißstand nachgewiesen, der schon längst schwere Bedenken erwecken mußte.

Nun wird gemeldet, daß das Kalisyndikat zum Vorstehenden seines Aufsichtsrats den früheren Unterstaatssekretär Dr. Richter gewählt hat, der sich durch seine arbeiterfeindliche und streng individualistische Bestimmung im Reichstag unheimlich bemerkbar gemacht hat. Das Kalisyndikat hat einen ehemaligen hohen Reichsbeamten am geeignetsten gefunden, die für den Reichsstand zum vorteilhaften Monopolisierung der Kalindustrie — und dazu war in den ersten Kriegsjahren eine glänzende, vielleicht mit Absicht verpaßte Gelegenheit — oder wenigstens die sehr profitable und billige Monopolisierung der Kalindustrie zu verhindern.

Es ist natürlich ein staatsbürgerliches Recht jedes Beamten, den Staatsdienst zu quittieren und gut, sehr gut bezahlte Stellen der Privatindustrie anzunehmen; aber es ist ebenso gefährlich für das Staatsinteresse wie für den guten Ruf der hohen Staatsbeamten, wenn der Staatsdienst nur eine Vorbereitung und Probezeit für die Berufung in einen Vorstand oder Aufsichtsrat wird. Niemand wird der Verdacht ganz zu unterdrücken sein, daß jene Beamten ihre Pflichten unter dem Gesichtswinkel ihrer künftigen geschäftlichen Tätigkeit erfüllt haben, daß, wenn nicht gerade unlaute, so doch wenigstens mehr oder minder im Unterbewußtsein wirkende subjektive Beweggründe ihre Entscheidungen beeinflusst haben.

Das wirksamste Gegenmittel gegen diese offensichtlichen Unzulänglichkeiten ist eine starke Unempfindlichkeit der öffentlichen Meinung für berufliche Unvereinbarkeiten. Darüber hinaus wird an ein gesetzliches Verbot für Staatsbeamte in der von unseren österreichischen Genossen einmal vorgeklagten Art zu denken sein, wonach ihnen bis fünf Jahre nach ihrem Dienstaustritt der Eintritt in leitende Stellen der Industrie und des Handels untersagt ist.

Verstaatlichung der russischen Banken.

Nach der Agence Havas will die Bolschewiki-Regierung der Kommunisten eine Vorlage über Verstaatlichung aller russischen Banken vorlegen.

Letzte Nachrichten.

Ausgleich und Frieden.

Wien, 3. Dezember. Abgeordnetenshaus. Das Abgeordnetenshaus begann die zweite Lesung der Vorlage betr. das Ausgleichsproblem. Handelsminister Freiherr v. Wieser erklärte, die bisher zwischen Oesterreich und Ungarn getroffenen wirtschaftlichen Vereinbarungen bedeuten eine wichtige Vorarbeit, damit die beiden Regierungen sich wirksam an den Friedensverhandlungen beteiligen können. Durch beharrliche Tapferkeit unserer Truppen haben wir durch Waffen außerordentliches errungen. Wir haben den eisernen Ring, der uns einschließen sollte, überall aufgehoben. Wir wollen nun auch die wirtschaftlichen Früchte dieses beharrlichen militärischen Ringens ernten. Es ist auch notwendig, bevor wir mit den Gegnern über diese Dinge verhandeln, zunächst mit unseren Freunden zu verhandeln, wozu gleichfalls das Nebereintommen der beiden Regierungen eine notwendige Vorarbeit ist.

Vuchanans Ministerkrankheit.

Amsterdam, 3. Dezember. „Allgemein Handelsblad“ zufolge meldet „Daily Chronicle“, daß die Gesundheit des britischen Botschafters in Petersburg sehr gelitten hat, daß er aber vorläufig auf seinem Posten zu bleiben gedenkt.

Sturmflut in Holland.

Amsterdam, 3. Dezember. Aus dem ganzen Lande kommen Nachrichten von ziemlich bedeutenden Schäden, die durch die heftigen Stürme der letzten Tage angerichtet wurden, und von heftigen Ueberflutungen. Bei Voorn wurden die aufgestellten Wassermassen der Zuidersee über den Damm getrieben und mehrere hundert Hektar Land überflutet. Bis jetzt haben die Deiche standgehalten. Man befürchtet aber, wenn das frö-mische Wetter anhält, einen Durchbruch.

Berliner Reiseverkehr.

Berlin, 3. Dezember. Unter dem Zeichen der Schnell- und Zugzugslage lebend, hat der Fremdenverkehr Groß-Berlins im Monat November die von der Eisenbahndirektion erwartete Verminderung erfahren, freilich nur in ziemlich geringem Umfange. Der abgelaufene Monat brachte 112 041 Gäste, davon allein im Vorkriegszeit Berlin 115 230. Naturgemäß war wieder das Ausland nach Schweden, am stärksten selbstverständlich Oesterreich-Lungarn mit 1682 Gästen, Polen mit 285, die Türkei mit 257, danach Schweden mit 221, Holland mit 188, Dänemark mit 120, die Schweiz mit 120, Norwegen mit 67, die Balkanstaaten mit 128, Rußland mit 113, vorwiegend aus den besetzten Gebieten, Belgien mit 84, Spanien mit 18. Vom feindlichen Ausland ist nur je ein Ankunfts- und 24 Gäste aus Amerika.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Weberstreik in Crimmitschau.

Die Crimmitschauer Unternehmer lehnen das Gewerbegericht als Einigungsamt ab. Der Gedanke, das Gewerbegericht als Einigungsamt fungieren zu lassen, war vom Vorsitzenden des Crimmitschauer Gewerbegerichts den Arbeitern und den Unternehmern nahegelegt worden. Indem die Crimmitschauer Unternehmer, wie früher so oft schon, auch diesmal das Gewerbegericht als Einigungsamt ablehnen, beweisen sie aufs neue, daß sie jeder Einigung und jeder Aussprache mit Vertretern der Arbeiterorganisation feindselig gegenüberstehen. Sie wollen sich nicht einigen, sie wollen diktieren. Die notleidenden Arbeiter werden versuchen, gegenüber den schwerkriegsgeheimen Crimmitschauer auf anderem Wege zu ihrem Rechte zu kommen.

Deutsches Reich.

Die erste Reichskonferenz des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Die jüngste, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossene gewerkschaftliche Organisation hat eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Um einen möglichst einheitlichen Aufbau der Organisation und eine nach gewerkschaftlichen Grundsätzen sich vollziehende Durchführung der Verbesserung der Lohn- und Dienstverhältnisse herbeizuführen, tagte am 27. und 28. November die erste Reichskonferenz des Verbandes im hiesigen Gewerkschaftshaus. Der Geist, von dem die zwei-tägige Konferenz bezeugt war, ist ein Beweis dafür, daß das lang-ersehnte Ziel der Eisenbahner, eine mächtige Einheitsorganisation zu besitzen, seiner Verwirklichung entgegen reist. Den Bericht des Vorsitzenden erstattete der Vorsitzende Brunner. Die sich daran anschließende Aussprache brachte eine uneingeschränkte Anerkennung der vom Vorstand geleiteten Arbeit. Das Referat über: „Die Bedeutung der wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahner“ hatte ebenfalls Brunner übernommen. Folgende Entschlüsse sind einstimmig angenommen: Die Konferenz stimmt den in dem Referat des Verbandsvorsitzenden, Kollegen Brunner, aufgestellten Grundsätzen für die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Eisenbahner zu. Nach eingehender Besprechung dieser Angelegenheit beauftragt die Konferenz: Der Verbandsvorstand wird beauftragt, in möglichst kurzer Frist diese von der ersten Konferenz der Vertreter der Ortsgruppen, Bezirksleiter und Vorstandsmitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes anerkannten Grundsätze für die Ausführung eines Programms zur Vertretung der Interessen der Eisenbahner in bezug auf Lohnpolitik, Arbeitervertretung, Organisationsrecht, Arbeiter- und Angehörigenrecht, Arbeiterlohn als Unterlage zu benutzen und dieses Programm in Form einer Proklamation den Eisenbahner sowie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der Punkt „Ausbau unserer Organisation“ brachte eine Fülle von Anregungen und Anträgen. Beschlossen wurde eine Eröfnung des Verbandes, der Aufbau der Bezirksleitungen, eine Verbesserung der Unterhaltungs- und der Verwaltungseinrichtungen.

In einem Schlußwort gab der zweite Vorsitzende Siering seiner Rede über den allmählichen Aufstieg der Organisation Ausdruck. Trotzdem müsse ständig weitergearbeitet werden, um die noch fernstehenden Eisenbahner dem Verband zuzuführen.

„Die Pistole auf die Brust.“

Unter dieser Überschrift beschäftigt sich die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ mit der Verwendung der Arbeiterinnen in der Metallindustrie zwecks Herbeiführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in Berlin.

Wir hatten bereits vor einiger Zeit von dieser Bewegung berichtet. Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht nunmehr ein Schreiben, das von dem Vorsitzenden der Arbeiterinnenkommission an die Obleute der Arbeiterausschüsse gerichtet ist und entwirft sich über den Ton dieses Schreibens.

Damit unsere Leser selbst sich ein Urteil bilden können über die Anschauung, die gegenwärtig in Arbeitgeberkreisen herrscht, geben wir das Schreiben im Wortlaut wieder. Es lautet:

Berlin, den 7. November 1917.

Kundschreiben an sämtliche Arbeiterausschüsse, in deren Betrieben Arbeiterinnen beschäftigt sind.

Werte Kollegen! In der gestern stattgehabten Versammlung sämtlicher Arbeiterausschüsse und weiblicher Vertrauenspersonen ist der Beschluß gefaßt worden, die in zwei Exemplaren beigefügten Forderungen der Arbeiterinnen den Betriebsdirektionen zu unterbreiten, und zwar sollen nach dem Beschluß die Forderungen allen Arbeitgebern am Montag, den 12. d. M., gleichzeitig eingereicht werden.

Bei der Unterbreitung soll den Arbeitgebern erklärt werden, daß die in den Grundrissen enthaltenen Forderungen der Arbeiterinnen Mindestforderungen sind, und daß die Arbeiterausschüsse bis Freitag, den 16. November, Nachricht erbiten, ob die Direktion mit diesen Grundrissen einverstanden ist. Die Anerkennung kann schriftlich oder auch mündlich erfolgen. Erhält der Arbeiterausschuß bis Freitag, den 16. November, keine Nachricht, hat er die Pflicht, an diesem Tage erneut vorstellig zu werden und zu fragen, welche Antwort die Direktion zu geben gewillt ist. Weicht die Firma aus oder lehnt sie die Anerkennung der Grundriss ab, dann wird der Firma erklärt, daß der Arbeiterausschuß nunmehr den Kriegsausschuß nach § 13 des D. D. G. anrufen wird.

Der unten angefügte Berichtszettel muß dann von dem Arbeiterausschuß am Sonnabend, den 17. Novem-

ber, in unserem Bureau abgegeben werden. Bei Uebersendung mit der Post ersuchen wir um Rohrpostsendung oder Einschreibebrief. Wir bitten, sich streng an die vorstehenden Beschlüsse zu halten, damit durch das einheitliche Vorgehen der gewünschte Zweck erreicht wird. Ganz besonders bitten wir aber darauf zu achten, daß der Direktion nur ein Exemplar von den diesen Schreiben beigefügten Grundrissen eingereicht wird.

Besten Gruß

Die Arbeiterinnenkommission.

J. A.: Wilh. Siering.

Berichtszettel.

Name und genaue Adresse des Betriebes:

Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen:

Die Direktion hat auf die eingereichten Grundriss folgende Antwort gegeben:

Der Arbeiterausschuß:

Vor- und Zunahme:

Genaue Adresse:

An dieses Schreiben knüpft nun die Arbeitgeberzeitung die Bemerkung, daß der kategorische Ton und die ganze Methode zeigen, wie den Arbeitgebern die Pistole auf die Brust gesetzt wird, um die gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiterinnen durchzusetzen.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ ist sicherlich am wenigsten berechtigt, sich über den Ton zu entäußern. Sie gehört zu den wenigen Organen, die während des ganzen Krieges mit seinen unendlichen Opfern an Gut und Blut noch nichts gelernt haben. Nach wie vor vertritt sie ihren alten schwarzaderischen Standpunkt, wonach über Lohn- und Arbeitsbedingungen in einem Betrieb lediglich der Arbeitgeber selbst bestimmen soll. Es ist aber doch ein bißchen stark, wenn unter Verdrehung der Tatsachen die gewerkschaftliche Organisation der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, das ist der Deutsche Metallarbeiterverband, mit Wegelagerern auf eine Stufe gestellt wird.

Die in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Arbeiterinnen haben ihre Arbeiterausschüsse mit sofortigen Verhandlungen über die gestellten Forderungen beauftragt, nachdem der Arbeitgeberverband Verhandlungen über die eingereichten Forderungen abgelehnt hatte, und zwar schon vor einigen Monaten. Die Arbeiterausschüsse selbst haben den Wunsch geäußert, in einer gemeinsamen Konferenz eine Aussprache herbeizuführen, und lediglich der Umstand, daß einige Obleute der Arbeiterausschüsse nicht anwesend waren, sondern andere als Vertreter entsandt hatten, hat dieser Konferenz Veranlassung gegeben, die Organisation zu beauftragen, die Beschlüsse dieser Konferenz den Obleuten der Arbeiterausschüsse noch einmal mitzuteilen.

Die Deutsche Arbeitgeberzeitung hält es eben für selbstverständlich, daß die Arbeiterinnen für jeden Lohn, den der Unternehmer für angemessen hält, zu arbeiten haben.

Als während des Krieges die militärischen Behörden darauf drangen, weibliche Arbeitskräfte an Stelle der Männer in den Betrieben in großer Zahl aufzunehmen, haben die Militärbehörden sicherlich nicht einen Augenblick daran gedacht, daß diese Arbeiterinnen zu Hungerlöhnen arbeiten sollten. Ist doch festgestellt worden, daß in Betrieben der Berliner Metallindustrie es heute noch Arbeitgeber gibt, die einen Lohn von 35—45 Pf. für Arbeiterinnen als angemessen erachten.

Die wenig aber von einem „Pistole auf die Brust setzen“ gesprochen werden kann, ist schon aus dem Umstand ersichtlich, daß die bereits im Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins angemeldeten Verhandlungen nach Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes bereitwillig von der Arbeiterorganisation zurückgestellt worden sind.

Diese Dinge müssen der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ bekannt sein. Welchen Zweck verfolgt sie damit, Tatsachen bewußt zu verdrehen und die Dinge auf den Kopf zu stellen?

Soziales.

Hilfsdienstplicht für Frauen?

Die Berliner Schneeschipper-Verordnung des Oberkommandos in den Marken wird noch übertrifft durch eine Polizeiverordnung, die am 12. November auf Grund einer Verfügung des General-Kommandos Münster in Dortmund erlassen worden ist. In dieser Polizeiverordnung wurden alle männlichen Personen im Alter von 16 — bis einschließlich 47 Jahren und sämtliche alleinstehenden und unverheirateten weiblichen Personen im Alter von 16 — bis einschließlich 33 Jahren, die nicht im Sinne des § 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst tätig sind, angefordert, sich zur Eintragung in eine Liste zu melden. Der Zweck der polizeilichen Registrierung war in der Bekanntmachung nicht angegeben. Nach der Verfügung des Oberkommandos, auf die sich die Verordnung stützt, kam die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft, sowie Bau- und Entladen von Eisenbahnwagen in Frage, in dessen wurde weiblichen Personen, die sich meldeten, erklärt, daß sie zum Kohlenladen herangezogen werden sollten. Es handelt sich hier also um nichts anderes, als um die Einführung der Hilfsdienstplicht für weibliche Personen. Der Reichstag hat seinerzeit ausdrücklich die Vereinzelnung der Frauen in den Hilfsdienst abgelehnt. Infolgedessen kann diese Arbeitspflicht für Frauen auch nicht auf dem Umwege durch eine Polizeiverordnung eingeführt werden. In geheimen Stadtvorstandssitzungen wurde, wie die „Westf. Allg. Volksztg.“ erfährt, der Dortmunder Oberbürgermeister als Chef der Polizei über die Verordnung zur Rede gestellt, wobei zugegeben werden mußte, daß die ihr zugrunde liegende Verfügung dem Hilfsdienstgesetz widerspricht. Jedenfalls brauche sich niemand um die

Aufforderung zu kümmern, es kann auch keine weibliche Person bestraft werden, die sich nicht meldet.

Wie bei einer solchen Rechtslage die Polizeiverordnung überhaupt erlassen werden konnte, bleibt geradezu rätselhaft. Es scheint, als ob mit der Annahme gesetzlicher Bestimmungen und Vorschriften die Vermittlung der Behörden überhand nimmt. Jedenfalls darf es sich der Reichstag nicht gefallen lassen, daß durch Polizeiverordnungen oder Verfügungen von Generalkommandos das die Reichsgesetze umgangen werden. Der Reichstag hat sicher sehr zwingende Gründe gehabt, die Hilfsdienstplicht nicht auf Frauen auszudehnen, und diesen Gründen müssen sich eben alle Behörden fügen, selbst wenn ihr Drang zu gesetzgeberischer Arbeit noch so groß ist.

Drückeberger im Ehrenamt.

Man schreibt uns:

Das „Berliner Tageblatt“ brachte in Nr. 500 folgendes Inserat:

Ehrenamtliche Expedienten für kriegswirtschaftliche Bureaus bei ständiger Arbeitszeit gesucht vom Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, C 54, Gormannstr. 13. Bessere Bildung Voraussetzung.

Ein wenig ereuliches Kapitel ist es — das der ehrenamtlichen Beschäftigung. Bei Ausbruch des Krieges hat immer und immer wieder darauf hingewiesen werden müssen, daß die ehrenamtliche unentgeltliche Tätigkeit in wirtschaftlichen und gemeinnützigen Betrieben nicht dazu führen dürfe, den auf Erwerb angewiesenen Arbeitstätigen die Arbeit fortzunehmen. Die erste Arbeitslosigkeit in den sonst nicht beruhtätigten oder doch nicht gegen Entgelt beschäftigt gewesenen Kreisen hat auch recht bald erheblich nachgelassen und erst mit der starken Einberufung zum Heeresdienst und dem Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes ist sie, oft aus wenig sozialen Motiven heraus, wieder aufgetaucht. Zu reklamieren oder dem Hilfsdienst entsprechenden Stellen wird von „ehrenamtlichen Herren“ oft geradezu Sturm gelautet. Daß ein solcher „Ehrenamtlicher“ den auf Gehalt angewiesenen das Brot vom Munde nimmt und als Lobdrücker wirkt, ist manchmal dieser Herren ganz gleichgültig. Der eine gute Bekannte sucht den andern „unterzubringen“, auch wenn dabei ein für den Lebensunterhalt seiner Familie auf das Gehalt Angewiesener oder gar ein sich mühsam eingearbeiteter Kriegsbeschäftigter aus der Stellung gedrängt oder auf eine minderbezahlte geschoben wird. Vorgekommen ist es, daß Posten, die vorher von einer besoldeten Person verwaltet wurden, nun durch zwei, ja vier „Ehrenamtliche“ vertrieben werden. Sie arbeiten ja erheblich weniger Stunden am Tage und dann auch kennen sie keine so intensive Arbeit wie die im Beruf angeordneten und auf Gehalt angewiesenen Kräfte. Aber sie werden dann ja nicht anderweitig zum Hilfsdienst, etwa nach den besetzten Gebieten oder sonstwohin, herangezogen. Sie sind ja im Hilfsdienst tätig, sie bleiben hübsch zu Hause und können nebenbei noch ihren bisherigen Geschäften nachgehen.

Sollte es nicht möglich sein, durch behördliche Maßnahmen gegen solche Schiebungen einzutreten? Singe es nicht an, daß sich die Kriegswirtschaft diese „Ehrenamtlichen“ einmal etwas genau auf etwaige zweckentsprechendere, der vaterländischen Wirtschaft dienlichere Tätigkeit anschauen? Es bedarf wohl nur des Hinweises auf diese Zustände, um auf diesem Gebiete zu einer anderen Regelung zu kommen.

Wir sind überzeugt, daß das Inserat des „Berl. Tagbl.“ plan-genden Erfolgs gehabt hat. Im kriegswirtschaftlichen Bureau eine nur sechsständige Tätigkeit — welcher auf Erwerb angewiesene Wehr- oder Hilfsdienstpflichtige möchte sie nicht übernehmen. In kriegswirtschaftlichen Betrieben würde sicher auch eine den Zeitverhältnissen entsprechende Vergütung möglich sein — welcher kriegswirtschaftliche Betrieb verdient heute nicht! Aber muß sich ein ständiger Arbeitsnachweis dazu hergeben, ehrenamtliche Stellen zu vermitteln? Seine Aufgaben liegen doch auf einem anderen Gebiete.

Jedenfalls rufen die heutigen Verhältnisse, die es gestatten, durch ehrenamtliche Tätigkeit der Hilfsdienstplicht zu genügen, bittere Empfindungen bei denjenigen wach, die durch solche ehrenamtliche Tätigkeit in ihren Gehaltsbezügen empfindlich beeinträchtigt werden.

Natürlich gibt es auch unter den ehrenamtlich tätigen Personen viele, die lediglich aus ehelichen Bestreben, dem Ganzen zu dienen, eine vorhandene Lücke ausfüllen wollen und oft auch wirklich ausfüllen. Aber die Schaar derer, die nicht aus ihrem sozialen Gewissen heraus unentgeltliche Tätigkeit ausüben, ist recht, recht groß. Es sind Drückeberger im vollsten Sinne des Wortes.

Eingegangene Druckschriften.

Drei Jahre Weltrevolution. Von Paul Lench. 350 M. — Ueber den Lawischen. Von Karl Jr. Romak. 250 M. — Proletische Schriften. 3. Band. Von Hugo von Hofmannsthal. 3 M. S. Fischer, Berlin.

Geld-, Bank- und Wärendwesen. Von Prof. Dr. Georg Ebel. 6,80 M. Karl Ernst Pöschel, Leipzig.

Die deutschen Banken im Jahre 1916. Von Dr. jur. Will Bäder. 250 M. Verlag von Wilhelm Carlsson, Berlin.

Deutsche Industrie ... Deutsche Kultur. (Haderbau-Kammer.) Von A. von Gleichen-Rupsturn. Weltweis Biographischer Verlag, Berlin.

Alte und Niederdeutsch. Komödie von Arthur Schnitzler. S. Fischer, Berlin.

Das Alt-Berliner Grabmal. Von Wolfgang Schö. Bruno Cassirer, Berlin.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Heftes: Alfred Ernst, Kurland; für Inserate: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Hans Singer & Co., Berlin SW.

Elektron 1 Berlin und Unterhaltungsblatt.

Keine Zauberei

sondern das consequente Verfolgen eines grundeinfachen Gedankens haben uns die gewaltige Kundenzahl verschafft, deren wir uns jetzt erfreuen. — Zu erkennen was das Publikum verlangt und es ihm dann — zu billigen Preisen — zu geben, das war von jeher die Wurzel aller großen kaufmännischen Erfolge.

Rönigstr. 33 **Chausseestr. 113**
 Um Dönhofs Platz **Delm Stollner Dönhofs**

Sonntags geschlossen.